

1. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Mettmann vom

Aufgrund des § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5.4.2005 (GV NRW S. 306) und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28.4.2005 (GV NRW S. 488), hat der Kreistag des Kreises Mettmann am 29.03.2007 folgende 1. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung vom 31.10.2002 (Abl. ME vom 30.11.2002, S. 110) beschlossen:

Artikel 1

Gebührentarif (Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom 31.10.2002)

Tarif-Nr.:	Gegenstand:	Gebühr in Euro:
A	Alle Dienststellen	
1.	Für schriftliche Auskünfte, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist, für die schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung sowie für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen und dergleichen wird die Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben. Die Gebühr beträgt für jede angefangene 1/2 Std.:	15,00
2.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmegenehmigungen, Bescheinigungen und Zeugnisse, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist, für jede angefangene 1/2 Std.:	20,00
3.	Gutachten und gutachterliche Stellungnahmen; Bemessungsgrundlage: Verkehrswert des Gegenstandes, mit dem sich das Gutachten befasst, mindestens jedoch je angefangene Stunde der Inanspruchnahme:	2 v.H. des Wertes 50,00
4.	Für die Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch: Für die Erteilung von Zweitausfertigungen vorstehender Erklärungen:	20,00 12,00
5.	Beglaubigung <ul style="list-style-type: none"> a) von Unterschriften oder Handzeichen: b) von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen, Zeichnungen, Zeugnissen, Plänen für jede Seite: c) von Zeugnissen anlässlich der Bewerbung für Schüler/innen: 	2,50 2,50 gebührenfrei

6.	Abgabe von Druckstücken oder Vervielfältigungen kreisrechtlicher Vorschriften für jede angefangene Seite: Mindestgebühr: für die Kreisrechtssammlung: für den Jahresbericht des Amtes f. Verbraucherschutz (ausgenommen f. Institute deren Berichte der Kreis kostenfrei erhält):	0,50 2,00 15,00 10,00
7.	Für die Erstellung von Ablichtungen (Personal- und Sachkosten) bis zum Format DIN A 4 für jede Seite: bei größerem Format für jede Seite:	0,20 0,40
8.	Für Amtshandlungen, für die keine andere Tarifstelle vorgesehen ist und die nicht einem vom Kreis wahrzunehmenden besonderen öffentlichen Interesse dienen, beträgt die Gebühr:	15,00 bis 500,00
9.	Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen pro Seite	0,17
10.	Bereitstellung von Dateien per Email oder Datenträger je angefangene 10 Minuten	6,50
B	Prüfungsamt	
11.	Die Gebühr für Prüfungen bei Zweckverbänden, Unternehmen, Einrichtungen, Gesellschaften, Vereinen und dgl., die das Rechnungsprüfungsamt des Kreises mit Prüfungstätigkeiten beauftragt haben, für jede angefangene Prüfungsstunde: (Bei der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben des Kreises entstehen keine Gebühren)	67,00
C	Straßenverkehrsamt	
12.	Auskünfte über verkehrs- und signaltechnische Maßnahmen je angefangene 1/2 Std.:	26,00
D	Vermessungs- und Katasteramt	
13.	Gebühren des Vermessungs- und Katasteramtes für freiwillige Leistungen	
13.1	Für reproduktionstechnische Arbeiten, soweit sie nicht nach der Gebührenordnung für die Vermessungs- und Katasterbehörden In Nordrhein-Westfalen vom 21.01.2002 (SGV NRW 7134) in der jeweils geltenden Fassung abzurechnen sind, werden die Gebühren nach der zur Zeit geltenden Preisliste für die digitale Reproduktion erhoben.	
13.2	Bei der Nutzung von kommunalen Geodaten erfolgt die Abrechnung nach den vom Arbeitskreis Regionale Kartographie erarbeiteten „Einheitlichen Richtlinien für die Erteilung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten (ER-Kom)“ in der jeweils gültigen Fassung.	
13.3	Beim Vertrieb von analogen kartographischen Erzeugnissen des Kreises Mettmann richten sich die Preise und die Rabattsätze nach dem Kartenverzeichnis im Kundenzentrum des Vermessungs- und Katasteramtes in der jeweils aktuellen Fassung	
E	Regiebetrieb Gebäude und Straßen	
14.	Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzungen an Kreisstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten. Zufahrten (Neuanlage oder wesentliche Änderungen des Zustandes oder der Verkehrsbedeutung).	

14.1	von land-, forstwirtschaftlich, gärtnerisch und sonstigen nicht gewerblich genutzten Grundstücken:	15,00 bis 100,00
14.2	von bebauten oder in der Bebauung befindlichen, für Wohnzwecke bestimmten Grundstücken bis 5 Wohneinheiten: bei mehr als 5 Wohneinheiten - je Wohneinheit: höchstens insgesamt:	38,00 8,00 120,00
14.3	von gewerblich genutzten Grundstücken, z.B. Tankstellen, Industriewerken, Lagerplätzen, Kiesgruben, Steinbrüchen, Gärtnereien, Lehmgruben, Gaststätten, je nach Art und Intensität der Nutzung:	35,00 bis 260,00
14.4	Zugänge von gewerblich genutzten Grundstücken:	15,00 bis 160,00
15.	Erteilung von Genehmigungen für bauliche Anlagen	
15.1	Zulassung von Ausnahmen in Anbauverfahren gem. § 25 Abs. 6 StrWG NRW: je angefangene 500 Euro Rohbausumme:	15,00 bis 100,00 1,00
15.2	Sonstige Genehmigungen, Amtshandlungen und Leistungen des Amtes für Straßen- und Hochbau (z.B. gem. § 25 Abs. 4 StrWG NRW): je angefangene 500 Euro Rohbausumme:	15,00 bis 100,00 1,00
15.3	Genehmigungen für Hinweisschilder (nicht gewerblich):	15,00
15.4	Genehmigungen für Hinweisschilder (gewerblich):	60,00
15.5	Genehmigungen für Masten, Pfosten, Spiegel:	15,00
15.6	Genehmigungen für Wartehallen:	15,00
15.7	vorübergehende Aufstellung von Gerüsten, Bauzäunen, Lagerung von Materialien etc. von 1 Woche bis 2 Monate: für jeden weiteren Monat:	15,00 10,00
16.	Genehmigungen für besondere Veranstaltungen (§29 StVO), wenn Verkehrsbeschränkungen erforderlich werden, je Veranstaltung pro Tag:	130,00
17.	Erteilung von Zustimmungen gem. § 50 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz und andere Verwaltungsleistungen:	32,00 bis 2.500,00
F	Kreisarchiv	
18.	Nachforschungen, Auskünfte, Übersetzungen u.ä. sowie technische Hilfen je angefangene 1/2 Stunde:	20,00
18.1	Verwertungsrechte je Seite bzw. Einzelstück; für das Recht der einmaligen Veröffentlichung je nach Auflage - bis 2.000 Exemplare: - bis 10.000 Exemplare: - je weitere angefangene 10.000 Exemplare: - bis zu einem Höchstsatz von:	30,00 60,00 30,00 250,00
18.2	Für das Recht der sonstigen Verwertung je Seite bzw. Einzelstück (nach Verwendungsart):	5,00 bis 60,00
G	Amt für Landschaftspflege, Wasser- und Abfallwirtschaft	
19.	1 Textexemplar des Landschaftsplanes:	12,00
19.1	1 farbige Übersichtskarte des Landschaftsplanes im Maßstab 1 : 10.000:	12,00
19.2	1 kompletter Kartensatz (12 Einzelkarten)	

	zusammen mit dem Textband:	130,00
19.3	CD Landschaftsplan	10,00
19.4	Digitale Vektordaten des Landschaftsplanes:	80,00
19.5	Digitale Vektordaten des Biotoptypenkatasters:	225,00
20.	Altlastenkataster	
20.1	Auskunft aus dem Altlastenkataster, je Auszug:	30,00
20.2	Altlastenkataster, je kreisangehörige Stadt und Exemplar:	40,00
20.3	Altlastenkataster für das Kreisgebiet, je Exemplar:	200,00

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Kreis Mettmann in Kraft.

STELLENPLAN
Teil A: Beamte

Anlage 1

Laufbahngruppe	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2007		Stellen 2006	besetzte Stellen am 30.06.2006	Erläuterungen
		gesamt	davon ME-BIT			
1	2	3	4	5	6	7
Wahlbeamte	B7	1,0		1,0	1,0	
	B5	1,0		1,0	1,0	
Höherer Dienst	B2	4,0		4,0	4,0	
	A16	6,0	1,0	7,0	6,0	
	A15	11,0		10,0	10,0	
	A14	12,7		19,0	12,7	
	A13	8,8		14,0	8,7	
Gehobener Dienst	A13S	12,0	1,0	15,0	12,0	
	A12	38,0	4,0	34,0	37,0	
	A11	71,1	8,5	71,0	63,7	
	A10	58,4		63,0	54,0	
	A9	5,0		11,0	5,0	
Mittlerer Dienst	A9S	13,9	1,0	14,0	13,3	
	A8	34,4		30,0	31,6	
	A7	11,0		23,0	10,8	
	A6	1,0			1,0	
Insgesamt		289,3	15,5	317,0	271,8	

STELLENPLAN
Teil B: Tarifbeschäftigte

Anlage 2

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2007	Stellen 2006	besetzte Stellen am 30.06.2006	Erläuterungen
1	2	3	4	5
15	11,4	8,0	10,9	
14	5,6	11,0	5,6	
13	13,8	51,0	12,3	
12	43,4	39,0	43,5	
11	49,5	28,0	49,2	
10	29,3	46,0	27,9	
9	71,7	131,0	65,7	
8	161,3	52,0	151,9	
7	7,6	13,0	7,4	
6	169,7	158,0	157,1	
5	44,1	45,0	43,5	
4	0,6	1,0	0,6	
3	11,2	8,0	8,4	
2	4,3	6,0	4,3	
Fleischbeschau	1,2		0,8	
Insgesamt	624,7	597,0	589,1	

STELLENÜBERSICHT
Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit
 - Beamte zur Anstellung -

Anlage 3

Amtsbezeichnung	Besoldungs- gruppe	Zahl der Beamtinnen/Beamte z.A. 2007	Zahl der Beamtinnen/Beamte z.A. 2006	Zahl der Beamtinnen/Beamte z.A. am 30.06.2006	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
Ratinnen z.A. Räte z.A.	A13	0	0	0	
Inspektorinnen z.A. Inspektoren z.A.	A9	9	10	9	
Sekretärinnen z.A. Sekretäre z.A.	A6	3	5	2	
Insgesamt		12	15	11	

STELLENÜBERSICHT
Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit
- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Anlage 4

Amtsbezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2007	beschäftigt am 01.10.2006	Erläuterungen
1	2	3	4	5
Inspektoranwärterinnen Inspektoranwärter	Anwärtergrundbetrag	11	11	Die Anzahl der tatsächlich vorzusehenden Ausbildungsplätze für 2007 kann sich aufgrund der Ergebnisse der Beratungen zum Haushaltsplan noch erhöhen .
Sekretäranwärterinnen Sekretäranwärter	Anwärtergrundbetrag	3	3	
Auszubildende	Ausbildungsvergütung	14	17	
Berufspraktikantinnen Berufspraktikanten	Praktikantenvergütung	3	3	
Zivildienstleistende Freiwilliges soziales Jahr	Sold / Taschengeld	39	29	
Freiwilliges ökologisches Jahr	Taschengeld	2	2	
Insgesamt		72	65	



Der Vorsitzende

Kreistagsfraktion

Goethestraße 16
40822 Mettmann
Telefon: 02104 9705-12
Telefax: 02104 9705-15
e-mail. cdu.fraktion@kreis-mettmann.de

Erster Etat nach „Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)

1452 Seiten Beratungsunterlagen – der Abbau der Bürokratie
3 Komponenten: Ergebnisplan/-rechnung – Finanzplan/-rechnung – Bilanz
Über 2 Bereiche reden wir, die Bilanz ist heute eingebracht worden.
Der neue Etat weist Volumen von 382 Mio. im Ergebnisplan
und 380 bzw. 377 Mio. im Finanzplan aus.
Freiwillige Ausgaben 4,6 Mio. = 1,2% des Etatvolumen oder 0,74 Pkt. Kreisumlage.
Weiterhin Anwendung der Vorgaben für Haushaltssicherung.
Einzig bei Kreishaushalten.
Auch im Personaletat bleiben wir in 2006 unter den Ausgaben 1998 – Welche
Kommune kann das noch von sich behaupten??
Bewirtschaftungsverfügung v.2003 gilt uneingeschränkt weiter.
Gemeindefreundlicher Kreis – In 2006 = 6,3 Mio. und 2007 - durch Senkung der
Kreisumlage - noch einmal 4,2 Mio.
Wir halten Haus ohne uns Kaputtzusparen.
LVR erhält von uns inzwischen ca. 100 Mio. In 2005 haben wir noch 90 Mio. gezahlt
aber - und das sei auch erwähnt – 121 Mio. an Leistungen zurückerhalten!!

2

Welt von heute !! ???

Kopien Seiten 289 – 291 Friedmann : „Die Welt ist flach“.

3

Schule

Pilotprojekt „neue Organisations- und Kooperationsformen im Bereich der Förderschulen“ – Verbundschule für körperlich und geistig behinderte Kinder.

Stopp für Neubau Schule an der Virneburg.

Ausbildungsoffensive – Landrat koordiniert und treibt an.

Schule/Wirtschaft wird als Erfolgsmodell weiterentwickelt – personelle Weichen sind gestellt.

Berufsakademien an den Berufskollegs des Kreises – Schwierig aber wichtig.

Projekt „Arbeitsmarktqualifikation“ wird weiterentwickelt. Längerfristige Verträge mit den Sozialpädagogen. Finanzierung der Stufe 2 als Lotsenfunktion ggfs. mit ESF-Mitteln. Runder Tisch bleibt Antreiber.

UWG-Me: 40 Mio. städtische Schulen – wo leben Sie ???

4

Kultur

Neanderthal Museum – Finanzierung auf neue Beine stellen.

Planerisches Konzept für Neandertal erstellen.

Neanderland-Biennale 2007 „Klangräume“ mit mehr als 30 Chören/Instrumental-Ensembles.

Museumsflyer auch außerhalb des Kreises streuen.

Kreisrundfahrten erweitert und Zahl erhöht. „Schulklassen besuchen Museen im Kreis“

Die Zukunft im Land der Ideen = 3 Museen aus dem Kreis ausgewählt.

Fortsetzung „100 Köpfe von morgen“ – CDU möchte diese Präsentation im Kreis zeigen.

Sozialpolitik

- Frauenhaus – Klares Bekenntnis aber Organisation überprüfen.
Neue Finanzierungsstruktur evtl. Aufgabe definieren.
- Integration – Chefsache – erste Konferenz guter Anfang
Projekt Ratingen-West – Zuschuss 70` an Ratingen;
mit Wohlfahrtsverbänden, Polizei, ARGE ME-aktiv.
- Seniorentreffs – grundsätzlich keine Mischfinanzierung Stadt/Kreis;
CDU-Antrag: neues Konzept unter Berücksichtigung des
demographischen Faktors. Ziel: Leistungspauschale.
- Beruf und Kindererziehung – Kreis beispielhaft im Bereich Teilzeitarbeit – ca. 400
Stellen
- Pflegenotstand – Pflege wird immer teurer, aber nicht besser.
Unangemeldete Kontrollen in den Heimen verstärken.
Pflege von Elternteilen und berufliche Karriere – Arbeitszeitmodelle
beim Kreis.
- Neue Wohnformen – Beispiel „Integritas“ in Mettmann – gemeinschaftliches Wohnen
gering pflegebedürftiger älterer Menschen – Heimaufnahmen reduzieren.
- Antrag „Grünen“: 1. Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege
Streichung der Verwaltungs- und Regiekosten ergäbe Chaos.
2. kostengünstige Tickets für SGB II und XII Kunden.
500` neu ohne Deckungsvorschlag – unterlaufen des
Bundesgesetzgebers.

6

Gesundheit

„Lott JONN – Kindergarten in Bewegung - Erfolgsmodell mit bundesweiter Anerkennung.

Weiterentwicklung Richtung U3 Kinder – Qualität vor Quantität.

Krankenkassen sind gefordert – Vorteil klar definierbar.

7

Abfallwirtschaft

Erfreuliche Entwicklung durch Beitritt ECO-CITY
Leichter Preisrückgang an Städte weitergegeben.

Gelber Sack überflüssig ???

8

Landschaft/Naherholung

Erhaltung der „Grünen Lunge Kreis Mettmann“ – Konzept zugesagt.

9

ÖPNV

Größerer Schaden im Nahverkehr im VRR scheinbar abgewendet.

Intelligente Lösungsansätze zur Entflechtung des Nadelöhrs zwischen Hauptbahnhof und Wehrhahn.

Aus S 7 wird S 1- 20 Minutentakt soll bleiben. Moderne Wagen, größeres Fassungsvermögen, komfortabler und spurtschneller

Antrag Grünen: S 28 – ohne Planfeststellung Nonsens und haushaltswidrig

Sport

Integration durch Sport – TSV Hochdahl als Beispiel – Verleihung „Großer Stern des Sports in Gold“ in 2005 und 1. Platz im Wettbewerb „Sterne des Sports 2005“.

Organisierter Sport bietet weit reichende, individuelle Chancen und soziale Möglichkeiten – für eine langfristige Integration daher von herausragender Bedeutung.

Sport spricht alle Sprachen. – Wir haben – gegen viele Widerstände – geholfen.

CDU: Bildung eines Netzwerkes/einer Plattform „Integration durch Sport“ beim Kreis
 als Forum für Fragen und Antworten
 als Hilfestellung für Anregungen
 als Ideenbörse
 als Austauschbörse

mit dem Zweck der zentralen Erfassung aller Projekte im Kreis und Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Kinderherzhilfe – unbürokratisch gehandelt.

Kreisfinanzen

RWE-Aktien über 2 Mio.Stck. ; nur ca. 500 frei handelbar; Rest an VKA andienen

CDU will sorgfältige Prüfung auf Grundlage eines Gutachtens – wir haben nichts zu verschenken.

Wir haben - und das muss besonders erwähnt werden – in den vergangenen 8 Jahren durch die KVGM über 13 Mio. erspart

Deshalb Entscheidung nach heutiger Etatverabschiedung aber vor Nachtragsetat im Juni.

Denkbar sind viele Varianten, Pensionsfond, tw. Schuldentilgung, Vorfinanzierung von zuschussfähigen Infrastrukturmaßnahmen, Stiftung Neanderthal, Weiterentwicklung der Aufgaben der KVGM etc.

Wir haben keine Eile, die Kreisumlage wird ggü. der Einbringung noch einmal um 0,7 Pkte. reduziert – ohne Zustimmung der Grünen - und wir nehmen – ich glaube - erstmalig seit langem keine neuen Schulden auf.
 Korrekt: Es gibt keine Netto-Neuverschuldung !!

Kommunale Neugliederung

Alle Jahre wieder – unnütz und ohne Konzept – OB Erwin provoziert und merkt nicht, das er und Düsseldorf selbst die Verlierer sein werden
Umlandverband – Holding etc.

Freiheit die ich meine:

Rauchverbot im Kreishaus – DIE ZEIT Nr. 13 v. 22. März 2007

Bürokratieabbau nicht nur bereden – tatkräftig betreiben – jedes Verbot muss überwacht werden – sonst nutzlos.

Schlusswort:

Weniger Menschen, alternde Bevölkerung, ungenügend Kinder
Wettbewerb der Kulturen und Religionen
Wo steht der Kreis morgen ??

Wir alle, die wir in der Politik Einfluss haben, sind verpflichtet darauf eine Antwort zu geben.
Fangen wir hier in unserem Kreis gemeinsam mit unseren geliebten Städten damit an!



GRÜNE im Kreistag Mettmann · Düsseldorfer Str. 26 · 40822 Mettmann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 im Kreistag Mettmann
 Kreishaus
 Düsseldorfer Straße 26
 40822 Mettmann
 ☎ (02104) 99 29 74
 ☎ (02104) 99 59 74
 ✉ gruene.fraktion@kreis-mettmann.de
www.gruene-kreis-mettmann.de

Mettmann, 29. März 2007

Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Mettmann zum Haushaltsplanentwurf 2007 der Kreisverwaltung

vorgetragen in der Sitzung des Kreistages Mettmann am 29. März 2007
 von Dr. Bernhard Ibold

Gliederung

1.	Wirtschaftsaufschwung	2
1.1	Quantitativen Wirtschaftsaufschwung stabilisieren	2
1.2	Drei GRÜNE Zukunftsfragen	3
1.3	Quantitativen Aufschwung für qualitatives Wachstum nutzen	4
2.	Rahmenbedingungen	4
2.1	Kreisexterner Einfluss: Umverteilung staatlicher Lasten von oben nach unten	5
2.2	Kreisinterner Einfluss: Zwei-Klassen-Gesellschaft	5
3.	GRÜNE Kennziffern für den Kreishaushalt 2007	6
3.1	Kennziffer 'Sozialer Ausgleich'	6
3.2	Kennziffer 'Ausgleich von Wirtschaft und Umwelt'	7
3.3	Kennziffer 'Demographischer Wandel und Intergenerative Gerechtigkeit'	8
3.4	Kennziffer 'Klimaschutz 20-20-20'	10
4.	Differenzierte Bewertung und Kennziffer 'Haushaltsausgleich'	11
4.1	Kennziffer 'Erstellungsaufwand'	12
4.2	Kennziffer 'Quantitative Dimension: Kreisumlage'	12
4.3	Kennziffer 'Qualitative Dimensionen'	13
4.4	Resümee: Abwägung und Differenzierung	13
5.	Perspektive: Angebot zur Mitgestaltung	14
6.	Zusammenfassung	14

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

1. Wirtschaftsaufschwung

Der wirtschaftliche Aufschwung hat den Kreis Mettmann erreicht! Das Konjunkturklima hat sich trotz der Mehrwertsteuererhöhung sprunghaft verbessert. Die Expansion wird - wegen oft unsicherer Stabilitätserwartungen noch erfreulicher - jetzt auch entscheidend von der Inlandsnachfrage getragen und erfasst Dienstleistung, Industrie, Groß- und Einzelhandel. Das sind stabile Voraussetzungen für unser infrastrukturell bestens erschlossenes Kreisgebiet. Der Landrat hat im Rahmen der Einbringung des Kreishaushalts mehrfach auf die positive Wirtschaftsentwicklung hingewiesen.

1.1 Quantitativen Wirtschaftsaufschwung stabilisieren

Es gibt eindrucksvolle Kennziffern, die den aktuellen Wirtschaftsaufschwung in quantitativer Hinsicht beziffern:

- Unser Kreis ist Spitzenreiter in der Einkommensstatistik und besitzt die höchste Kaufkraft in NRW.
- Unser Kreis weist die niedrigsten Steuer- und Abgabesätze in der Region aus.
- Unser Kreis besitzt mehr Ein- als Auspendler.
- In unserem Kreis sind die Insolvenzen deutlich gesunken.
- In unserem Kreis liegt die Arbeitslosenquote unter dem Landesdurchschnitt und ist die niedrigste Quote in der Region.
- Der Konjunkturklima-Index der IHK fügt für den Kreis hinzu: Die Hälfte der Unternehmen im Kreis geht von einer positiven Geschäftsentwicklung aus; 42% wollen ihre Investitionen erhöhen. Fast jedes zweite Unternehmen beschäftigt heute mehr Mitarbeiter als vor einem Jahr. Schon fehlen Fachkräfte im Kreisgebiet und die Zahl offener Stellen steigt.¹

Der diesen Kennziffern zugrunde liegende Wirtschaftsaufschwung ist für uns natürlich kein Argument, um sich zufrieden zurück zu lehnen. Denn entscheidend ist doch, wie der Kreistag diesen für uns alle wichtigen Trend durch sinnvolle Rahmensetzungen dauerhaft si-

¹ vgl. Presseverteiler Kreis Mettmann, 17.02.07.

chern kann und wofür wir unser Geld im Haushalt 2007 und den Folgehaushalten ausgeben wollen. An diesen Punkten scheiden sich gewöhnlich die Geister. Denn das ist eine Frage der parteipolitischen Wertigkeit.

1.2 Drei GRÜNE Zukunftsfragen an die Lebens- und Wirtschaftsqualität

Wir stellen drei Zukunftsfragen an den Kreistag, denen sich letztlich jedes Kreistagsmitglied in eigener Verantwortung stellen muss:

Was nutzt uns ein Wirtschaftswachstum, von dem breite Bevölkerungskreise völlig abgekoppelt sind? Will der Kreistag die sich in unseren Städten abzeichnende 'Zwei-Klassen-Gesellschaft' zwischen den Gewinnern und Verlierern des Aufschwungs verwalten, oder wollen wir offensiv und wirkungsvoll gegen diese Entwicklung angehen?

Was nutzt uns ein Wirtschaftswachstum, das sich auf Kosten unserer ökologischen Lebensgrundlagen entwickelt? Die Natur schlägt bereits zurück. Das sehen wir an den quantitativ und qualitativ gestiegenen Folgen der Überschwemmungen und Stürme der letzten Jahre, die uns auch im Kreis deutlich getroffen haben. Will der Kreistag die ökologische Krise als Chance zur Neuorientierung und damit zum verbesserten Schutz unserer Lebensgrundlagen nutzen, oder wollen wir so weiterwirtschaften wie bisher?

Was nutzt uns ein Wirtschaftswachstum auf Kosten unserer Kinder? Damit spreche ich sowohl die in letzter Zeit bezeichnenderweise von außen an den Kreistag heran getragene Entschuldungsfrage als auch die für zukünftige Generationen zu sichernde Lebensqualität an. Will der Kreistag seiner Verantwortung vor den qualitativen Ansprüchen und Rechten folgender Generationen gerecht werden oder denken wir vorrangig an unsere Generation? Dürfen wir die Rechte der nächsten Generationen durch unser heutiges Handeln einschränken? Haben unsere Kinder nicht auch dieselben Rechte wie wir, ihre Lebensgrundlagen eigenständig und uneingeschränkt nach den jeweiligen Vorstellungen zu gestalten?

1.3 Quantitativen Aufschwung für qualitatives Wachstum nutzen

Meine Damen und Herren,

diese drei offenen Zukunftsfragen an Sie sollen an dieser Stelle ausreichen, um folgenden Blickwinkel einzuführen: Angesichts der sich in den zehn kreisangehörigen Städten abzeichnenden Demographie-Entwicklung und des für uns alle nun auch vor Ort spürbaren Klimawandels liegt der Schlüssel der politischen Gestaltungsverantwortung in **der Vereinbarung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Ansprüchen zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft**. Wie Sie wissen, setzen wir GRÜNEN uns im Kreistag und seinen Ausschüssen schon seit vielen Jahren für einen **integrativen Ansatz der Geldmittelverwendung** ein, der sich **sowohl ökonomischen als auch sozialpolitischen und ökologischen Anforderungen und Kriterien** stellt.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Haushalt 2007 vor allem auch unter den drängenden Gesichtspunkten der demographischen Entwicklung und des Klimaschutzes betrachtet. Beide Blickwinkel sind natürlich eng mit der Sicherung der eingangs benannten quantitativen Wirtschaftskennziffern im Kreis Mettmann verbunden. Doch sie gehen noch weit darüber hinaus und öffnen einen für uns im Kreis Mettmann umsetzbaren Weg zu einem **dauerhaft angelegten, auch die Zukunft integrierenden 'qualitativen Wachstum'**. Diese Perspektive nutzt das gegenwärtige quantitative Wirtschaftswachstum, um den Aufschwung zu stabilisieren, indem qualitative Ziele beachtet werden und die Zukunft unseres Kreises einbezogen wird. Aus diesem Grunde endet unser Blickwinkel auf den aktuellen Haushalt auch nicht am 31. Dezember 2007. Und gerade für die über eine Zeitperiode hinausgehende Sichtweise eignet sich die erstmals zu beratende NKF-Systematik hervorragend.

2. Rahmenbedingungen

Doch ehe die mit unserem Blickwinkel entstehenden Chancen der Kreisentwicklung genannt werden, muss ich zwei schwierige Rahmenbedingungen benennen, die sowohl die quantitative als auch unsere qualitative Wachstumsperspektive für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf beeinträchtigen:

2.1 Kreisexterner Einfluss: Umverteilung staatlicher Lasten von oben nach unten

Wir haben schon mehrfach kritisiert, dass sich nach dem Regierungswechsel in Berlin und Düsseldorf die Umverteilungspolitik von oben nach unten auf Kosten der Kreise und Städte beschleunigt hat. Dieser in seinen Folgen nicht absehbare Trend hat natürlich auch auf unseren Haushalt große Auswirkungen. Ich erinnere nur an die in den letzten Monaten diskutierten Finanzkürzungen in den Bereichen 'Frauenhaus, Kinder- und Jugendpolitik, Verbraucherzentrale, Biologische Station, die ÖPNV-Resolution, die aus Berlin angedrohte Einstellung der Wohngeldpauschale, die aus Düsseldorf in Aussicht gestellte Schließung des Mettmanner Forstamtes, die aktuell diskutierte Zentralisierung und Integration von Chemischem und Veterinäruntersuchungsamt ... und so weiter. Die Folgen dieser Umverteilungspolitik sind für unseren Kreis noch offen. Wer weiß, was im Bundes- und Landtag noch zusätzlich erdacht wird, um eigene Kosten abzuwälzen?

Wie können wir uns dagegen schützen, dass unser Haushalt durch immer neue Aufgaben belastet wird, für die Bund und Land die finanzielle Verantwortung nach unten weiterreichen? Wir werden den Landrat wohl kaum ständig zum Protestieren nach Düsseldorf oder Berlin schicken können, wie dies im Rahmen seines Angehens gegen die Einstellung der Wohngeldpauschale im letzten Jahr geschehen ist. Hier sind aus unserer Sicht **Sie alle** unmittelbar angesprochen. Schildern Sie Ihren Bundes- und Landtagsabgeordneten die Belastungsprobleme des Kreishaushaltes. Hier ist jeder Abgeordnete der CDU, SPD und - mit Blick auf den Landtag - der FDP gefragt. **Das lässt sich nicht - wie mehrfach in den bisherigen Beratungen von Ihnen geschehen - auf "die Politiker da oben" abschieben. Hier sind Sie persönlich in der Verantwortung.** Unser Fraktionsteam wird diese Verantwortung auch weiterhin anmahnen und verfolgen, wie Sie damit umgehen.

2.2 Kreisinterner Einfluss: Zwei-Klassen-Gesellschaft

Eben habe ich kurz die problematische **Tendenz zur 'Zwei-Klassen-Gesellschaft'** in unserem Kreis angesprochen. Für uns ist es nach wie vor sehr bitter, dass diese soziale Problematik ungelöst ist. Im Haushaltsplanentwurf sind im Produktbereich 5 kaum offensive und wirkungsvolle Ansätze zu erkennen, um dieser Auseinanderentwicklung entgegen zu treten. Unser weitgehender Haushaltsansatz zur Unterstützung der Mobilität sozialbedürftiger Menschen durch ermäßigte ÖPNV-Fahrkarten ist von Ihnen abgelehnt worden.

Sehen Sie sich nur die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften oder der Menschen im Bezug von Sozialhilfeleistungen an: Trotz der leicht rückläufigen Tendenz stecken hinter der auch weiterhin zu hohen Zahl an Menschen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, zahllose schwierige Schicksale ganzer Familien. Das manifestiert sich an traurigen Anfragen an uns, wie die Kosten der Schulbücher der Kinder noch zu finanzieren sind, wie der wachsende Streit und die Perspektivlosigkeit in arbeitslosen Familien vermieden werden können, welche Zukunftsaussichten bereits in zweiter Familiengeneration arbeitslosen Jugendlichen geboten oder wie wirkungsvoll gegen ein Abdriften in Gewalt und Suchtmittelkonsum angegangen werden kann?

Wohlgemerkt: Das sind nur ausgewählte, an uns herangetragene Probleme von Menschen im Kreis Mettmann. Die Unterstützung in solchen Problemlagen sollte - **fraktionsübergreifend** - unsere **eigentliche Kernaufgabe** sein. Denn diese Menschen bekommen von dem erfreulichen Wirtschaftsaufschwung, der gestiegenen Steuerkraft und den neuen Arbeitsplätzen in unserem Kreis **nichts zu spüren**. Im Gegenteil: **Die Schere zwischen den Gewinnern und Verlierern des ökonomischen Aufschwungs im Kreis wird größer**. Der Abbau dieses sozialen Ungleichgewichts sollte unter der Prämisse 'Fördern und Fordern' alle unsere politischen Entscheidungen prägen. Zu diesem Ziel stehen wir GRÜNEN ohne Einschränkung.

3. GRÜNE Kennziffern für den Kreishaushalt 2007

Meine Damen und Herren,

unter den beiden benannten Rahmenbedingungen der Umverteilungspolitik und Zwei-Klassen-Gesellschaft leite ich in unsere vier GRÜNEN Kennziffern für den NKF-Kreishaushalt 2007 über.

3.1 Kennziffer 'Sozialer Ausgleich'

Wir wollen alles dafür tun, um die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter zu senken. Hier ist auch die ARGE ME-aktiv im Wort. Nach den Anlaufschwierigkeiten im Rahmen der Gebäudeanmietung in den kreisangehörigen Städten, der Hard- und Softwareausstattung

und Mitarbeiterschulung müssen sich nun alle Aktivitäten auf die Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktintegration richten. Ob etwa Jugend in Arbeit, 50+ Programme, Frauenförderung oder Job-Plus-Qualifizierung - für arbeitslose bzw. langzeitarbeitslose Menschen müssen alle erdenklichen Fördermöglichkeiten im Kreis umgesetzt werden, um deren Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen und durch gezielte Qualifizierung zu verbessern. Unerledigte, gemeinwohlorientierte Aufgaben etwa in Schulen, Kindergärten, Kirchen, Vereinen, öffentlichen und sozialen Einrichtungen können für Erwerbslose neue Beschäftigungs- und Qualifizierungschancen eröffnen und so den Weg zurück in den Ersten Arbeitsmarkt ebnen. Kriterien sind ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis und natürlich keine Verdrängung von erfolgreich am Markt agierender Unternehmen.

Langfristig müssen wir sicherlich auch über den Aufbau eines sozialversicherungspflichtigen Dritten oder Sozialen Arbeitsmarktes in unserem Kreis nachdenken, um Menschen im Bezug von Sozialhilfeleistungen neue Beschäftigungs- und Qualifizierungsperspektiven, Tagesstrukturen und Integrationschancen zu eröffnen. Arbeitslosigkeit darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen - egal ob Menschen im Bezug von Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe stehen. **Wir wollen Beschäftigung und Qualifizierung fördern, nicht die Arbeitslosigkeit nur verwalten.**

In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Zugang zu Bildung verbessern. Experten der UN-Menschenrechtskommission haben Anfang 2006 bei ihrem Besuch in Deutschland bezeichnend darauf hingewiesen: "Der Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht". Die von uns in die Haushaltsberatungen eingebrachte Mobilitätsforderung über kostenfreie Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr für sozial schwache Menschen sollte deren körperliche und geistige Mobilität und damit die Teilhabe am öffentlichen Leben erhöhen. Der Antrag ist von Ihnen abgelehnt worden.

3.2 Kennziffer 'Ausgleich von Wirtschaft und Umwelt'

Wie Ihnen bekannt ist, stellen Wirtschaftsperspektiven und Umweltschutzziele keine Gegensätze dar. Diese grundsätzliche Orientierung wollen wir weiter ausbauen. Daher regen wir die jährliche Vergabe eines Innovationspreises durch den Kreistag an, der besondere unternehmerische Leistungen im Bereich der Umweltschutzaktivitäten prämiiert. Damit verbunden ist eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit durch die Kreisverwaltung, um

prämierte Ideen bekannt zu machen und weitere Interessenten zu motivieren. In diesem Zusammenhang schlagen wir den Aufbau eines Netzwerks 'Ökonomie/Ökologie' durch die Kreisverwaltung ähnlich dem erfolgreichen Projekt 'Schule/Wirtschaft' vor, um hier den regionalen Ideen- und Innovationsaustausch zu unterstützen und zu fördern.

3.3 Kennziffer 'Demographischer Wandel und Intergenerative Gerechtigkeit'

Wir unterstützen ausdrücklich die von der Kreisverwaltung angestoßene ‚Bündniskonferenz Integration‘. Wie Sie wissen, ist die Migrationspolitik ein wichtiger Schwerpunkt GRÜNER Politik. Vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels kommt dieser Thematik ein wesentlich erweiterter Aspekt zu: Migration stellt eine soziale Mobilitätsform dar, die die Zukunft unserer Gesellschaft im Zeichen des Demographischen Wandels prägen wird. Das neue Bleiberecht ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Inhalt greift aber zu kurz, da auch gut ausgebildete und sprachlich integrierte Menschen abgeschoben werden können, wenn sie keine Arbeitsstelle gefunden haben.

Niedrige Geburtenraten bei steigender Lebenserwartung werden die Altersstruktur der Kreisbevölkerung weiter spürbar verändern. Während das Durchschnittsalter der Bevölkerung in unserem Kreis im Jahr 2003 bei 42,6 Jahren lag, wird es 2020 bereits 47,3 Jahre betragen. In gleichem Zeitraum wird der Anteil unter 18jähriger von 18,2% auf 14,6% sinken, während der Anteil der 60-79jährigen Menschen von 22,4% auf 24,3% und der ab 80jährigen Menschen von 4,0% auf 8,6% wachsen wird. Gleichzeitig verringert sich die Einwohnerzahl in unserem Kreis um rund 3,2%. Die weitreichende Aussagekraft dieser Bertelsmann-Daten² und die wachsende Bedeutung der Migrationspolitik sind Ihnen mit Sicherheit bestens bekannt.

Wir haben in den letzten Jahren mehrfach - zuletzt im März 2006 - Anträge in den Kreistag eingebracht, um den Demographischen Wandel im Kreisgebiet zu analysieren, allen unseren Entscheidungen zugrunde zu legen und die Entwicklung so aktiv gestaltend zu begleiten. Sie erinnern sich an unseren in den Kreistag eingebrachten Arbeitstitel der 'Perspektivenwerkstatt'. Unter dieser Überschrift verfolgen wir nach wie vor das Ziel des kreisweiten

² Die von der Bertelsmann-Stiftung erhobenen und ausgewerteten Daten sind übersichtlich aufbereitet und bieten Vergleichsmöglichkeit mit anderen Kreisen unter der Internet-Adresse:
<http://www.wegweiserdemographie.de/prognose/datenausgabe/jsp/ausgabe/ausgabe.jsp?gkz=05158000&typ=3&datenbezug=3&indikatorenwahl=1>.

Aufbaus von Analyse-, Informations- und Beratungsgremien, um die vielfältigen Ausprägungen des Demographischen Wandels etwa in den Bereichen 'Altersstruktur, Bauen, Wohnen, Mobilität, Wirtschaft, Arbeit, Soziale Lage, Migration' frühzeitig zu erfassen und kreativ zu begleiten.

Außer einer allgemeinen Datensammlung im Kreisentwicklungsbericht von Mai 2006 und der Absichtserklärung, den Demographischen Wandel nicht aus dem Auge zu verlieren, ist leider vom Kreis bisher nicht viel passiert. Weiterführende Handlungsvorschläge liegen nicht vor. Damit sind wir sehr unzufrieden! Andere Institutionen sind da schon weiter: Wir warten gespannt auf die Ergebnisse eines Projekts der IHK Düsseldorf zur Analyse der demografischen Entwicklungen im Kammerbezirk Düsseldorf.

Klar ist, dass das Thema - wie übrigens zuletzt noch in einer Veranstaltung unter Beteiligung des Landrats und zahlreicher Bürgermeister deutlich geworden - keinen weiteren Aufschub duldet. Entgegen der Meinung des Landrats, dass die Demographie hauptsächlich ein Thema der kreisangehörigen Städte sei und vor Ort bearbeitet werden müsse, drängen wir darauf, den Demographischen Wandel selbstverständlich auch auf Kreisebene aktiv mitzugestalten. Leider ist das Stichwort 'Demographie' im vorliegenden Haushaltsplanentwurf lediglich in vier Themenfeldern zu finden:

1. Gleichstellungsstelle: Unterstützung der landesweiten Aktionswoche 'Demographischer Wandel unter der Geschlechterperspektive'³ und das Thema zum diesjährigen Internationalen Frauentag 'Demographischer Wandel - Werte einer geschlechtergerechten Stadt'⁴;
2. Ausbildung des Kreises: Analyse des Demographischen Wandels und frühzeitige Einplanung der Auswirkungen im Zusammenhang der zukünftigen Ausbildung des Kreises⁵;
3. Kreisentwicklung: Ansatz 'Strategieplanung unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung'⁶;

³ vgl. CD-ROM mit Haushaltsplanentwurf Kreis Mettmann 2007, S. 153, 688.

⁴ ebenda, S. 573, 576,

⁵ ebenda, S. 643.

⁶ ebenda, S. 1143.

4. Wirtschaftsförderung mit der Frage nach dem Engagement in "Zukunftsthemen"⁷ wie unter anderem der Demographische Wandel.

Diese untergeordnete Rolle eines zentralen Zukunftsthemas stimmt uns nachdenklich und ist ein deutliches KO-Kriterium für den Planentwurf.

Wir finden keine Position zu kinder-, familien- und altersgerechten Planungen alternativer Wohnformen. Wenn es immer mehr ältere Menschen geben wird, müssen auch neue Wohnformen - Stichwort: Mehrgenerationenhäuser, Senioren-Wohngemeinschaften, Wohngemeinschaften für demenzkranke Menschen - angedacht werden. Auch an diesem wichtigen Zukunftsthema geht der Haushaltsplanentwurf vorbei - die demographische Entwicklung scheint für die vorliegende NKF-Orientierung nicht zu existieren.

3.4 Kennziffer 'Klimaschutz 20-20-20'

Klimabedingte Überschwemmungen und Stürme steigen quantitativ und qualitativ bedenklich an - der Klimawandel ist längst auch im Kreis Mettmann angekommen: Kyrill hat uns erst vor wenigen Wochen gezeigt, dass sich die Natur gegen überzogene Einflüsse zur Wehr setzt. Das Forstamt beziffert den Baum- und Holzschaden auf rund 7,2 Mio Euro.⁸

Natürlich begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich das vorgelegte Vorhaben des Kreises, rund 15.000 m² kreiseigener Dachflächen für Fotovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen und Bürgergruppen daran zu beteiligen. Hier wird von uns nach den ersten Erfahrungen allerdings eine stärkere Unterstützung von Privatpersonen durch die Kreisverwaltung gefordert. Es reicht nicht aus, nur den Willen zur Einbeziehung der Bürger zu bekunden. Es fehlt der Schritt der wirkungsvollen Koordination privater Anfragen, die sich an dem Projekt beteiligen wollen, ohne gleich eine eigene Bürgerinitiative auf die Beine zu stellen. Hier ist die Kreisverwaltung gefordert, sonst wird der öffentliche Aufruf zur Bürgerbeteiligung schnell wirkungslos verpuffen.

Unser Klimaschutz-Ansatz geht aber noch deutlich über die ökonomisch und ökologisch sinnvollen Effizienzpotenziale der Fotovoltaik-Technik hinaus: Wie Sie wissen, haben wir

⁷ vgl. CD-ROM mit Haushaltsplanentwurf Kreis Mettmann 2007, S. 1405.

⁸ vgl. Presseverteiler Kreis Mettmann, 23.02.07 und 26.02.07.

die Erstellung eines umfassenden 'Klimaschutzkonzept' in die ULAN-Haushaltsberatungen eingebracht. Wir verfolgen das 'Klimaschutzziel 20-20-20': Wir wollen die Energieeffizienz aller Kreiseinrichtungen **auf Grundlage der Daten aus dem Jahre 2006** bis zum Jahr 2020 nachhaltig verbessern und die CO₂-Emissionen um 20% reduzieren. Ihnen ist bekannt, dass Deutschland das Kyoto-Protokoll 2002 ratifiziert hat und sich damit verpflichtet, den Ausstoß an Treibhausgasen von 2008 bis 2012 um 21% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.⁹ Die von uns eingebrachte Reduzierungsperspektive von 20% für den Kreis Mettmann ab 2006 bricht die Kyoto-Zielsetzung auf den Kreis Mettmann um und befindet sich somit in einem übergeordneten Zusammenhang.

Unser Kreis soll damit Vorbild für die kreisangehörigen Städte und die Wirtschaft werden. Wir regen an, bei der Landesregierung ein entsprechendes Modellprojekt zu beantragen und Fördermittel zu akquirieren. Einige Konzept-Stichworte dazu von uns: Förderung von Umwelttechnologie, energetische Gebäudeoptimierung, Energiepass für kreiseigene Gebäude, Bürgersolar-Projekte, Ausbau von Holzpallet-Heizungen, Aufforstung der Kreiswälder, Pflege von Frischluftschneisen, keine Bebauung des Außenbereichs, Ausweitung der energietechnologischen Verbraucherberatung, Prüfung des Schadstoffausstoß kreiseigener Dienstfahrzeuge, Gas-Dienstfahrzeuge für die Kreisverwaltung und die kreisangehörigen Städte, Förderung von CarSharing-Initiativen sowie Ausbau der ÖPNV-Dichte, -Frequenz und -Attraktivität im Kreisgebiet.

4. Differenzierte Bewertung und 'Kriterium Haushaltsausgleich'

Meine Damen und Herren,

unsere benannten Perspektiven zum Kreishaushalt 2007 weisen auf einen fehlenden Ausgleich der vorgetragenen Werte hin und markieren deutliche Lücken im vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Lassen Sie sich nicht ausschließlich von ohne Zweifel wichtigen betriebswirtschaftlichen NKF-Begriffen wie Gliederungszahlen, Beziehungszahlen, Indexzahlen, Rankingzahlen, Kernkennzahlen blenden. Natürlich sollen die kamerale Einzelpläne jetzt als Produktbereiche, die alten Haushaltsabschnitte als Produktgruppen und vorherige Haushaltsunterabschnitte als Produkte bezeichnet werden. Gegen die damit

⁹ vgl. die Daten und weitere Hintergrund-Informationen zum Kyoto-Protokoll unter der Internetadresse: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll>.

eingeführte betriebswirtschaftliche Finanzorientierung wird von uns kein Einwand erhoben. Dann heißt unser alter Verwaltungs- und Vermögenshaushalt jetzt eben Gesamtfinanzplan. Das ist kein Problem für uns.

Für uns viel wichtiger als neue Begriffe ist die in Begriffen verkörperte Basis der Haushaltsorientierung. Ob katedral oder NKF - **wir stehen für ausgewogene Werte zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Perspektiven. Wir gewichten unser Handeln auf seine Zukunftsgerechtigkeit für spätere Generationen.** Diese beiden wesentlichen qualitativen Ansprüche erfüllt der vorliegende Haushaltsplanentwurf nicht.

Aber wir differenzieren unsere abschließende Bewertung nach drei Teilaspekten:

4.1 Kennziffer 'Erstellungsaufwand'

Für Fleiß und Kompetenz der Kreisverwaltung vergeben wir Einschränkung die Note ‚sehr gut‘. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen am Haushaltsplanentwurf beteiligten Personen, bei den uns zur Information und Diskussion zur Verfügung gestandenen Dezernenten und Amtsleitern, bei der Kämmerei und namentlich bei Herrn Kreiskämmerer Peter Herweg als engagierter und kompetenter Wegweiser im Dschungel der NKF-Daten.

4.2 Kennziffer 'Quantitative Dimension: Kreisumlage'

Wir unterstützen ausdrücklich die im NKF-Entwurf weiterhin deutlich werdenden Bemühungen, den finanziellen Konsolidierungskurs beizubehalten und die freiwillige Haushalts-sicherung des Kreises fortzuführen. Zunächst wurde für das Haushaltsjahr 2007 ein Hebesatz von 42,2% kalkuliert. Nach dem Planansatz des letzten Jahres von 45,0% und dem tatsächlich erzielten Hebesatz von 43,9% sinkt also bereits der zunächst eingebrachte Hebesatz. Diese Entwicklung zugunsten der Städte unterstützen wir ausdrücklich. Hoffentlich macht uns die Spitzabrechnung zum Jahresende keinen Strich durch die Rechnung. Wir wollen die Städte jedoch noch zusätzlich entlasten und die aktuelle Hebesatz-Reduzierung für den Kreis durch den Landschaftsverband Rheinland - das macht rund 1,2 Mio Euro oder 0,2 %-Punkte aus - in eine nochmalige Senkung der Kreisumlage überführen.

Aber lassen wir uns auch hier nicht täuschen: Ende 2007 wird die Schuldenbelastung des Kreises nach Schätzung des Kreiskämmerers voraussichtlich rund 83,1 Mio Euro oder 164 Euro pro Einwohner betragen.¹⁰ Die Nettoneuverschuldung zur Liquiditätssicherung könnte dann bei rund 0,8 Mio Euro liegen.¹¹ Wir wollen hier einen entsprechenden Teil der KVGM-Gewinn investieren, um die Neuverschuldung zu vermeiden. Aber bereits im Jahr 2006 war die Liquidität nur durch die Inanspruchnahme Allgemeiner Rücklagen und Blockkredite gesichert.¹² Ich hatte eben auf unseren Anspruch der intergenerativen Gerechtigkeit hingewiesen. Vor diesem Hintergrund ist eine sparsame, effiziente NKF-Mittelverwendung zwangsläufig. Auch diese Verantwortung sind wir unseren Kindern schuldig.

4.3 Kennziffer 'Qualitative Dimensionen'

Mit abschließendem Blick auf die benannten 'qualitativen Wachstumswerte' können wir den Gesamthaushalt jedoch nicht mit der Note 'ausreichend' bewerten. Sicherlich sind die wesentlichen finanz- und betriebswirtschaftlichen Perspektiven technisch perfekt eingeführt. Auf keinen Fall perfekt eingeführt sind hingegen 'qualitative Werte' des Entwurfs vor dem Hintergrund unserer eben beschriebenen **Qualitätskennziffern der Werteorientierung, der ökonomischen, sozialen, ökologischen Ausgleichsperspektive sowie der Generationen- und Zukunftsorientierung.**

4.4 Resümee: Abwägung und Differenzierung

Nach der Differenzierung und Abwägung aller benannten ökonomischen, sozialen, ökologischen, intergenerativen Perspektiven und in Konsequenz fehlender 'Qualitativer Wachstumskennziffern' lehnen wir den vorliegenden Haushaltsplanentwurf somit ab.

Diese Ablehnung des Gesamtentwurfs widerspricht übrigens nicht unserer erfolgten Zustimmung zu einzelnen Produktbereichen. Wie Sie nach den Ausschussberatungen wissen, haben wir die Planentwürfen der 16 Produktbereiche lediglich in den beiden Ansätzen 'Innere Verwaltung' und 'Soziale Hilfen' abgelehnt. Dies unterstreicht unsere differenzierte, verantwortungsbewusste Meinungsbildung zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Die

¹⁰ vgl. Haushaltsrede des Kreiskämmerers am 14.12.2006, S. 16.

¹¹ vgl. Haushaltsplanentwurf Kreis Mettmann 2007, Bd. 1, S. 23.

¹² vgl. ebenda, S. 23.

Ablehnung haben wir natürlich im Fachausschuss bzw. zuletzt im Kreisausschuss inhaltlich begründet, so dass ich unsere Beweggründe hier nicht wiederholen muss.

5. Perspektive: Angebot zur Mitgestaltung

Meine Damen und Herren,

das mit großen finanzpolitischen Hoffnungen eingeführte betriebs- und finanzwirtschaftliche Verfahren **hinkt im Rahmen der sozial- und umweltpolitischen Generationen- und Zukunftsorientierung sowie dem Anspruch einer ökonomischen Wachstumsqualität.**

Es ist daher unsere gemeinsame Aufgabe, an einem zukunftsfähigen Ausgleich der NKF-Systematik zu arbeiten. Der Landrat und der Kreiskämmerer haben schon öfter betont, dass wir alle gemeinsam mit NKF lernen müssen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die rasche Integration **unserer GRÜNEN Qualitätsperspektive mit entsprechend zu evaluierenden Kennziffern in den NKF-Haushalt** ein. Denn auch hier sind die Aspekte der **qualitativen und quantitativen Werteorientierung** keine Gegensätze, **sondern sie profitieren voneinander.**

Wir bieten unser Interesse und unsere Mitarbeit zur Umsetzung eines NKF-Haushalts an, der auch unsere vorgetragenen Qualitäts- und Zukunftsperspektiven berücksichtigt.

6. Ich fasse unsere Entscheidungen zusammen:

1. Ablehnung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs aufgrund eben benannter Lücken und Ungleichgewichte.
2. Zustimmung zur Senkung der Kreisumlage auf 44,2% plus einer weiteren Reduzierung durch den gesenkten LVR-Hebesatz in Höhe von € 1.201.600. Der eingesparte LVR-Hebesatz fließt so vollständig in die zusätzliche Senkung der Kreisumlage und damit in die weitere Entlastung der Städte ein.

3. Zustimmung zur Nettoneuverschuldung von 0 Euro (= Ausweisung von € 872.000 der KVGM-Gewinne zur Vermeidung der Neuverschuldung).
4. Zustimmung zur Investition verbleibender KVGM-Gewinne (= € 2.736.200 netto nach Steuern minus € 872.000) in KVGM-Projekte zur Förderung des ÖPNV wie bspw. Beibehaltung bzw. Ausweitung von Taktungen, Ausbau der Beförderungsqualität, Ausbau bzw. Sicherung von Bahn- und Bus-Linien etc. Zur gezielten Mittelverwendung ist eine detaillierte Konzeptvorlage der Verwaltung notwendig.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede zum Haushalt 2007 (es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Weiterentwicklung NKF ist Daueraufgabe

mit dem heute zur Beschlussfassung vorliegenden, erstmals nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aufgestellten Entwurf des Haushalts 2007 hat der Kreis Mettmann die Kameralistik nunmehr endgültig hinter sich gelassen. Vergegenwärtigt man sich, dass diese bereits 1762 von dem österreichischen Hofrat Johann Mathias Puechberg entwickelt wurde und seitdem das Rechnungswesen in den öffentlichen Verwaltungen in Deutschland darstellte, kann man erst erahnen, was für ein gravierender Umbruch in der Verwaltungspraxis die Umstellung auf ein doppisches Rechnungswesen gewesen sein muss. Allen Mitarbeitern des Kreises, zuvorderst aber Herrn Kämmerer Herweg und seinem Team, gebührt der Dank dafür, diese Herausforderung hervorragend bewältigt und einen soliden Haushalt nach NKF erarbeitet zu haben. Diesen weiter zu entwickeln bleibt stetige Aufgabe von Kreistag und Verwaltung. Die Bildung aussagekräftiger Kennzahlen, der Aufbau eines Controllings, der unterjährigen Berichtswesens sowie einer Kosten- und Leistungsrechnung sind nur einige Beispiele der Themen, mit denen wir uns in der nächsten Zeit zu befassen haben.

Betriebswirtschaftliche Kompetenz stärken

Die FDP-Kreistagsfraktion hat diesen Prozess von Anfang an aktiv begleitet. Mit unserer Initiative zur Einführung eines strategischen Beteiligungsmanagements verfolgen wir den Zweck, mehr Transparenz in Bezug auf die Beteiligungen des Kreises zu erreichen und die diesbezüglichen Steuerungsmöglichkeiten des Kreistags zu verbessern. Umso unverständlicher, Herr Carraro, dass Sie dem nichts abgewinnen konnten. In der Tat muss man zugestehen, dass durch das NKF die Komplexität zugenommen hat, weil es eben nicht mehr ausreicht, sich lediglich mit Einnahmen und Ausgaben zu befassen. Dem muss sich die Politik aber auch stellen. Unser Antrag, eine Stelle für das strategische Controlling einzurichten, die mit einem Absolventen eines betriebswirtschaftlichen Hochschulstudiums besetzt wird, dient ebenfalls der Unterstützung von Kreistag und Verwaltungsführung in

ihrer jeweiligen Steuerungsfunktion. Wenn man bedenkt, dass von den über 1100 Beschäftigten des Kreises bislang lediglich einer über diese Qualifikation verfügt, tut die Stärkung der betriebswirtschaftlichen Fakultas in der Kreisverwaltung auch dringend Not. Interessant in diesem Zusammenhang ist am Rande auch, dass es Ende der 90-er Jahre schon einmal eine Stelle für Hochschulabsolventen der Betriebswirtschaft im höheren Dienst gab, die kurzzeitig auch mal besetzt war, dann aber nach der Kommunalwahl 1999 unbemerkt verschwunden sein muss. Hinsichtlich des an die Verwaltung im Kreisausschuss ergangenen Auftrags, ein Anforderungsprofil für den strategischen Controller zu erstellen, erwartet die FDP-Kreistagsfraktion von der Verwaltung neben einer unverzüglichen Umsetzung aber auch, dass der beantragten herausgehobenen Qualifikation bei der Aufgabenbeschreibung wie auch beim Stellenwert voll Rechnung getragen wird. Die in der Begründung des Antrags aufgeführten Aufgaben, die wir uns nicht etwa aus den Fingern gezogen sondern von der KGSt übernommen haben, sollten mit berücksichtigt werden.

Einführung moderner Management-instrumente

Wir Liberale wollen die einmalige Chance, im Zuge der Systemumstellung auf das NKF mit Hilfe moderner Managementinstrumente dauerhaft Strukturen zu verankern, die die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistags optimieren, auch in Zukunft genutzt wissen. So werden wir uns beispielsweise, sobald ein zentrales Beteiligungsmanagement eingerichtet ist, in einem zweiten Schritt mit dem Thema "Public Corporate Governance" auseinandersetzen. Dabei geht es im Kern um die effiziente und transparente Steuerung von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung. Die Relevanz des Themas wird hinreichend deutlich daran, dass beispielsweise die Stadt Stuttgart bereits einen Public Corporate Governance Kodex verabschiedet hat und in der Stadt Potsdam im Sommer 2006 der Prozess zur Schaffung eines solchen Kodex angestoßen worden ist. Mit Rücksicht auf Herrn Carraro werde ich heute an dieser Stelle jedoch auf vertiefende Ausführungen dazu verzichten.

Öffentlichkeit statt Geheimniskrämerei

Der Herstellung von Transparenz dient auch der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder von KVGM, WfB und der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises auf das nach geltendem Recht notwendige Mindestmaß zu begrenzen. Die Idee ist an sich vollkommen simpel: Politische Entscheidungen sollen nicht durch eine Flucht in das Privatrecht der Kontrolle durch die Öffentlichkeit, die wiederum notwendige Voraussetzung für eine

demokratische Willensbildung ist, entzogen werden können. Die FDP-Bundestagsfraktion hat dem mit dem Antrag "Gegen Geheimniskrämerei - Entscheidungen kommunaler Gesellschaften transparent gestalten" (Drs. 16/395 vom 18.01.2006) Rechnung getragen und die Forderung aufgestellt, klare Regelungen zur Eingrenzung der Verschwiegenheitspflicht für Aufsichtsratsmitglieder kommunaler Gesellschaften zu schaffen. Bis dahin sind wir jedoch darauf angewiesen, die in der geltenden Rechtslage eröffneten Spielräume, die durch leider nicht ganz einfache Gerichtsentscheidungen konkretisiert werden, zu nutzen. Wenn Sie, Herr Carraro, - und Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze und können deshalb ein offenes Wort vertragen - dies wieder mal als Aufhänger für die Anstimmung eines ihrer ständigen Lamentos über Bürokratie im allgemeinen und Juristen im besonderen nutzen, wird mehr als offensichtlich, dass dies die Masche eines Politikprofis ist, dem es nur darauf ankommt Sympathiepunkte zu ergattern, zugegebenermaßen im Kreistag aber auch den größten Unterhaltungswert besitzt.

Generationengerechtigkeit durch Entschuldung

Ziel des NKF ist jedoch nicht nur eine verbesserte outputorientierte Steuerung, sondern vor allem die periodengerechte Darstellung des Ressourcenaufkommens und -verbrauchs verbunden mit dem Ziel der Generationengerechtigkeit, dem sich die FDP-Kreistagsfraktion seit jeher in besonderer Weise verbunden fühlt. Denn es ist mehr als eine Frage des Anstandes, dass man den jungen und kommenden Generationen, die sich dagegen überhaupt nicht zur Wehr setzen können und die sich aufgrund der demographischen Entwicklung und dem bis heute versäumten Systemwechsel in den Sozialversicherungen ohnehin darauf einstellen müssen, finanziell gebeutelt zu werden, auch noch einen Schuldenberg hinterlässt, der die zukünftigen Spielräume zusätzlich einschränkt. Die Entwicklung des Schuldenstandes ist dementsprechend ein wichtiger Gradmesser dafür, wie fair wir mit den jungen Menschen und noch nicht Geborenen umgehen. Und da sind wir durchaus erfolgreich. Nachdem bereits in den vergangenen zwei Jahren die Verschuldung effektiv reduziert werden konnte, gelingt es uns auch diesmal, im Zuge der Haushaltsberatungen die Nettoneuverschuldung auf Null zu senken und damit die Perspektive einer weiteren Entschuldung zu eröffnen.

Haushalt ist gemeindefreundlich

Und dies nicht etwa zu Lasten der Kreisumlage. Deren Hebesatz kann aufgrund einer weiteren Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage sowie einer Gewinnausschüttung der KVGM gegenüber dem

Haushaltentwurf um weitere 0,7%-Punkte gesenkt werden und liegt damit um 1,5%-Punkte unterhalb der satzungsmäßigen Festlegung des Vorjahres und um 0,4%-Punkte unterhalb des tatsächlich von den Städten abgeforderten Betrags. Dass das Aufkommen der Kreisumlage gegenüber dem im Jahr 2006 abgeforderten Betrag in absoluten Zahlen dennoch um 9,5 Mio. € steigt, resultiert ausschließlich aus der Erhöhung der Landschaftsumlage um 1 Mio. € und den NKF-bedingten Mehrkosten in Höhe von insgesamt 8,5 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der Umlagegrundlagen um 26,5 Mio. € und vor dem Hintergrund, dass die IHK in ihrem Konjunkturbericht für den Kreis Mettmann zum Jahresbeginn 2007 festgestellt hat, dass der Aufschwung den Kreis erreicht hat, ist das auch nicht dramatisch. Den aus der von Schwarz/Rot in Berlin beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung folgenden Mehraufwand, der beim Kreis immerhin einen Betrag von etwa 2,5 Mio. € ausmacht, konnte die Verwaltung durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen kompensieren. Auch die erfreuliche Entwicklung der Personalkosten, die sich abgesehen von dem NKF-bedingten Mehraufwand unter dem Niveau des Jahres 2001 bewegen, trägt zur Entlastung der kreisangehörigen Städte bei. Damit stellt sich der Kreishaushalt 2007 erneut als äußerst gemeindefreundlich dar. Dies insbesondere, da der Kreis bei der Festsetzung der Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände für die Abschreibung, um die Kreisumlage möglichst gering zu halten, ausnahmslos bis an die äußerste Grenze der in der NKF-Rahmentabelle aufgeführten Zeitspannen gegangen ist. Dabei kann man sich mit Recht fragen, ob beispielsweise bei Parkplätzen, die allgemein über 19 Jahre abgeschrieben werden, eine Nutzungsdauer von 60 Jahren nicht etwas üppig bemessen ist. Gleiches gilt auch für die Gebäude mit einer angenommenen Nutzungsdauer von 80 Jahren, die weit über dem im allgemeinen zugrunde zu legenden Abschreibungszeitraum liegt.

**Nur nachhaltiger
Einsatz des
Vermögens**

Der aus mancher kreisangehörigen Stadt zu vernehmenden Forderung, Vermögen des Kreises, insbesondere Teile des in der KVGM eingelegten RWE-Aktienpakets konsumtiv zur direkten Senkung der Kreisumlage zu verwenden, erteilt die FDP-Kreistagsfraktion eine klare Absage. Dass die meisten kreisangehörigen Städte - obwohl es insbesondere mit Langenfeld und Ratingen auch Ausnahmen gibt - finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet sind, wird von uns nicht verkannt. Eine bloße Verscherbelung von Tafelsilber würde die strukturellen Probleme der städtischen Haushalte aber auch nicht lösen, sondern allenfalls für ein

paar Jahre kaschieren. Wir Liberalen stehen für eine nachhaltige und vorsorgende Finanzpolitik. Deshalb halten wir, sofern das vom Kreis in Auftrag gegebene Gutachten der Wirtschaftsprüfer zu dem Ergebnis kommt, dass der in den RWE-Aktien verkörperte Gegenwert unter Berücksichtigung insbesondere der steuerlichen Auswirkungen optimaler eingesetzt werden kann, einen Einsatz von Teilen des Aktienpakets, der indirekt auch eine nachhaltige Kreisumlagensenkung ermöglichen würde, prinzipiell für denkbar. Erste Priorität der FDP-Kreistagsfraktion wäre dabei die Entschuldung, die in Bezug auf die Kreisumlage auch den größten Effekt haben dürfte. Wobei es für uns Liberale selbstverständlich wäre, den nachhaltigen Effekt im Anschluss daran nicht wieder durch ein erneutes Anhäufen von Schulden zu konterkarieren. Auch die Bildung eines Pensionsfonds oder die Ausstattung der Stiftung Neanderthal-Museum mit einem Kapitalbetrag, aufgrund dessen mittelfristig das Betriebskostendefizit des Museums aus dessen Erträgen bestritten werden könnte, sind zu prüfende Alternativen. Im Zuge dessen sollte ebenso ergründet werden, welcher Einsatz für den Bestand der ehemaligen so genannten Hardert-Rücklage am sinnvollsten in Betracht kommt und, danke Herr Franke, welche Effekte aus einer etwaigen Sitzverlegung oder Gründung einer Niederlassung der KVGM generiert werden können. Insbesondere muss letzteres auch entschieden sein, bevor neue Gewerbesteuer auslösende Tatbestände geschaffen werden. Ein von der UWG ins Spiel gebrachtes Programm zur Sanierung von Schulräumen in den kreisangehörigen Städten wird bei aller Wichtigkeit dieser jedoch von den Städten zu leistenden Aufgabe allerdings mit Sicherheit nicht unsere Zustimmung finden. Denn es ist darauf angelegt, Vermögen unwiederbringlich zu verbrauchen.

Keine Ausgleichs- rücklage

Auch die von mancher kreisangehörigen Stadt erhobene Forderung, der Kreis möge in der Eröffnungsbilanz die Option zur Ausweisung einer Ausgleichsrücklage mit dem maximalen Betrag ausschöpfen und diese dann für die NKF-bedingten Mehraufwendungen verbrauchen, kommt für uns nicht in Frage. Die FDP-Kreistagsfraktion wird sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass die Eröffnungsbilanz ohne eine Ausgleichsrücklage beschlossen wird. Vollkommen richtig ist aus den Städten darauf hingewiesen worden, dass der Kreis als Umlagehaushalt systembedingt keine Ausgleichsrücklage braucht. Nur die dort daraus gezogene Schlussfolgerung ist absolut daneben. Herr Kämmerer Herweg hat es bei der Einbringung des Haushalts exakt auf den Punkt gebracht: Eine Ausgleichsrücklage wäre lediglich eine Rechengröße. Ihr Verbrauch könnte nur im Wege der Kreditaufnahme

erfolgen, was eindeutig vom Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit des NKF abweichen und die künftigen Haushaltswirtschafts- und Entlastungswirkungen für den Kreis erheblich und dauerhaft einschränken würde. Der Kreis hat bereits beim Nachtragshaushalt 2006 der aus einzelnen Städten erhobenen Forderung widerstanden, die Umstellung auf das NKF dahingehend zu nutzen, einen nicht auszugleichenden Fehlbetrag zu erwirtschaften, der in der Eröffnungsbilanz untergegangen wäre. Dies wäre ebenso ein Akt der bloßen Vermögensvernichtung gewesen. Zeigen wir auch bei der Frage der Ausgleichsrücklage, meine Damen und Herren, dass die Kreispolitik über ein ausreichendes Selbstbewusstsein verfügt, langfristig richtige Entscheidungen zu treffen. Die Einführung des NKF bietet die Chance, ein verändertes, an langfristigen Zielen orientiertes Denken zu fördern und das Ziel der finanziellen Nachhaltigkeit in den Köpfen der Menschen zu verankern. Dafür ist die Frage der Ausgleichsrücklage eine entscheidende Weichenstellung. Und falls es wirklich einmal zu einer Notsituation des Kreises käme, würde die Bezirksregierung die Genehmigung zum Rückgriff auf die allgemeine Rücklage mit Sicherheit nicht versagen.

FDP konsolidiert Kreisfinanzen

Die Effizienz der Kreisverwaltung zeigt sich auch darin, dass 2006 trotz des Umstandes, dass 6,3 Mio. € Kreisumlage nicht abgefordert worden sind und damit eine erhebliche Entlastung der Städte stattgefunden hat, ein Überschuss in Höhe von 2,6 Mio. € erwirtschaftet werden konnte. Der Kreis konsolidiert seinen Haushalt stringent und darauf legen die Städte auch richtigerweise großen Wert. Die FDP-Kreistagsfraktion hat demzufolge auch dieses Jahr wieder Einsparungsvorschläge vorgelegt. So sehr wir begrüßen, dass die Investitionen des Kreises zukunftsgerichtet zum Großteil in die Bereiche Bildung und Straßeninfrastruktur gehen, ist es jedoch auch in diesen Bereichen erforderlich, zwischen dem Notwendigen und dem bloß Wünschenswerten zu differenzieren. Und deshalb ist es folgerichtig, dass der Ansatz für die Verglasung eines Verbindungsgangs am Berufskolleg Mettmann in Höhe von 61 T€ auf unseren Antrag gestrichen worden ist. Anders als Herr Carraro, den die Sorge umtreibt, die Benutzer der Gebäude müssten sich auf dem Weg von einem zum anderen - ich meine so waren ihre Worte - "in Mäntel hüllen", hält selbst die Verwaltung diese Maßnahme nicht für unbedingt erforderlich. In der Konsequenz, Herr Carraro, müssten Sie sich beispielsweise dann aber auch fragen, ob es den Mitarbeitern der Kreisverwaltung überhaupt zumutbar ist, bei Wind und Wetter ungeschützt zwischen den Verwaltungsgebäuden des Kreises zu pendeln. Mal

abgesehen von den Kosten, man kann Fürsorge auch übertreiben. Berufsschüler sind keine Kleinkinder, bei denen man wie bei meiner dreijährigen Tochter noch dafür sorgen muss, dass diese, wenn es draußen kalt ist, ihr Jäckchen anziehen.

Mitte in den Fokus

An diesem Beispiel lässt sich aber auch Grundsätzliches verdeutlichen. Zentrales Ziel der FDP-Kreistagsfraktion war stets und bleibt auch künftig die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger, heute und in der Zukunft. Wir müssen, selbstverständlich neben dem Engagement für diejenigen, die der Hilfe des Staates bedürfen, weil sie es trotz ihrer Bemühungen nicht aus eigener Kraft schaffen, ihren Lebensunterhalt zu sichern, wieder verstärkt die Bedürfnisse der breiten Mitte, die das Fundament der Gesellschaft bildet, in den Fokus der Politik rücken. Bill Clinton beschrieb sie einmal in den Worten: "Es sind jene breiten Massen, die in unserem Land die Kinder großziehen, die Arbeit machen, die Steuern zahlen und sich an die Regeln halten." Diese Mitte benötigt vor allem eines: Eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast, um Kredite für Wohnraum abzutragen, selbst für das Alter vorzusorgen oder um den Kindern die bestmögliche Ausbildung angedeihen zu lassen. Dazu muss auch der Kreis seinen Beitrag leisten. Darum setzen wir Liberalen alles daran, die Konsolidierung der Kreisfinanzen zu forcieren. Das geht aber nicht immer nur mit Millionenbeträgen, sondern erfordert auch Detailarbeit. In Bezug auf unseren vorläufig zurückgezogenen Antrag zu prüfen, inwieweit durch eine Beauftragung Dritter die Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen kostengünstiger erledigt werden können, behalten wir uns vor, diesen in Abhängigkeit von der von der Verwaltung für August avisierten Ergänzungsvorlage wieder aufleben lassen. Uns würden insbesondere die Details des laut Verwaltungsvorlage mit einem annehmbaren Preis versehenen Angebots von Straßen NRW interessieren. Zu einer umfassenden Beurteilung der Wirtschaftlichkeit benötigen wir aber vor allem eine Darstellung der bei den Unterhaltungsaufgaben zugrunde gelegten Standards im interkommunalen Vergleich.

Zuschüsse ausschreiben

Zu begrüßen ist, dass die Mehrheit im Kreisausschuss unserem Antrag, zur Steigerung der Effizienz, aber auch aus ordnungspolitischen Gründen, die Verwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen für eine Ausschreibung von Aufgaben, für die Zuschüsse an Dritte gewährt werden, zu ermitteln, gefolgt ist. Warum kann bisher grundsätzlich nur derjenige Empfänger von Zuschüssen werden, der den Bedarf für eine Aufgabe an den Kreis heranträgt verbunden mit einem entsprechenden

Zuschussantrag? Weshalb bleibt der Zuschussempfänger grundsätzlich stets der Gleiche und muss sich nicht nach einer bestimmten Zeit dem Wettbewerb stellen? Wieso sollen Aufgaben, für die der Kreis Zuschüsse vergibt, nicht auch von Anbietern, die ihren Sitz außerhalb des Kreises haben, z.B. einem Wohlfahrtsverband aus einer der benachbarten Großstädte, oder besser noch von Privaten übernommen werden können, wenn diese einen geringeren Zuschussbedarf haben? Dass die SPD an der Klärung dieser Fragen kein Interesse hat, liegt nahe, da sie sich nun einmal der Besitzstandswahrung der Verbände verschrieben hat. Wohltuend setzen sich davon die Grünen ab. Gerne, Herr Dr. Ibold, haben wir auch Ihren Antrag unterstützt, den pauschalen Zuschuss zu den Verwaltungs- und Regiekosten der Wohlfahrtsverbände zu streichen. Aber da muss wohl noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Keine Gefährdung der Arbeit des Frauenhauses

Unterstützt wird von der FDP-Kreistagsfraktion auch die Linie des Kreises, grundsätzlich nicht für ausfallende Landesmittel einzutreten. Naturgemäß gibt es von diesem Grundsatz im Einzelfall auch Ausnahmen. Zweifelsohne trägt der Kreis dafür Sorge, dass die Arbeit des Frauenhauses und dessen Umfeldes nicht gefährdet wird. Doch setzt dies selbstverständlich auch voraus, dass sämtliche möglichen Synergieeffekte genutzt werden. Und auch die Essentials der ehemaligen Regionalstelle Frau und Beruf werden durch eine neu eingerichtete Fachstelle im Sozialamt fortgeführt. Eine Schelte des Landes aufgrund der Sparmaßnahmen ist jedoch absolut unangebracht.

Lebensmitteluntersuchungen müssen bürgernah bleiben

Auch wenn wir mit den im Uhlenberg-Ministerium ausgebrüteten Plänen, die chemischen und Lebensmitteluntersuchungen zu verstaatlichen, um die Kosten der vier staatlichen Untersuchungsämter auf die Kommunen abwälzen zu können, naturgemäß nicht einverstanden sind. Denn es macht einfach keinen Sinn, eine funktionierende interkommunale Kooperation wie die zwischen den Kreisen Mettmann, Neuss, Viersen und Kleve sowie den Städten Düsseldorf und Mönchengladbach, die bürgernah und effizient arbeitet, da Untersuchung und Überwachung in einer Hand liegen, zu zerschlagen. Zudem widerspräche dies auch der erklärten Absicht der Landesregierung, Aufgaben auf der unterst möglichen Ebene anzusiedeln. Wir haben deshalb auf unserem Kreisparteitag einen Antrag mit dem Ziel beschlossen, dass über die bisherigen Möglichkeiten hinaus freiwillige Kooperationen, auch zwischen Land und Kommunen, ermöglicht werden sollen, der von uns auch auf dem Landesparteitag eingebracht wird. Soweit sich das

Land von seinen Plänen jedoch nicht abbringen lässt, sollten wir unter dem Gesichtspunkt des Zwangszusammenschlusses die Prüfung und bei hinreichender Erfolgsaussicht auch die Anstrengung einer Kommunalverfassungsbeschwerde nicht scheuen und dies in die bewährten Hände von Herrn Fabian legen. Dann wird ihm auch ab Juli nicht langweilig.

**Kein Ersatz
ausfallender
Landesmittel**

Im Ganzen gesehen ist das ehrgeizige Sparprogramm des Landes aber völlig alternativlos. Die Koalition aus CDU und FDP hat erkannt, dass es mit der galoppierenden Staatsverschuldung so nicht weiter geht. Und dass es richtig ist, dass der Kreis grundsätzlich die ausfallenden Landesmittel nicht ersetzt, sei nur anhand eines prägnanten Beispiels vor Augen geführt. Beim Wegfall der Förderung der Seniorenenerholung vor ein paar Jahren - dem Kampfthema der SPD in den 90-ern - hat jedenfalls - salopp formuliert - kein Hahn danach gekräht, kein Aufschrei, keine Presseberichte, der Wegfall scheint durch die Bürger überhaupt nicht bemerkt worden zu sein. Und dabei ging es immerhin um einen Zuschuss von jährlich rund 250 T€.

**Zielgruppengerechte
Angebote für Senioren**

Die von der Verwaltung auf Antrag der CDU vorgelegte Liste der durch den Kreis und die Städte erfolgenden Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände, die sage und schreibe in etwa 360 Positionen umfasst, kann nur der Beginn einer umfassenden Aufarbeitung mit dem Ziel der Vereinfachung der Strukturen sein. Aufgrund der sich verändernden Lebensbedingungen und -gewohnheiten älterer Menschen bedarf es auch dringend einer Untersuchung, ob das Angebot der Seniorentreffs noch zielgruppengerecht ist und welche vergleichbaren Angebote Dritter bestehen. Dabei sollte im Hinblick auf die Folgen des demographischen Wandels, der zur Herausbildung der Gruppe der so genannten jungen Alten bis 75 Jahre geführt hat, auch überprüft werden, ob es wirklich realistisch ist, den Bedarf immer noch an der Anzahl der über 60-jährigen Einwohner zu messen.

**Regionalstrategie
entwickeln**

In Bezug auf das große Zukunftsthema des demographischen Wandels muss der Kreis, über zweieinhalb Jahre nach der Verabschiedung des ersten Antrags durch den Kreistag, die Schlagzahl nun endlich erhöhen. Die Ergebnisse des Projekts der IHK "Demographische Entwicklung im Kammerbezirk", welches neben Bevölkerungs- und Beschäftigungsprojektionen, Wirtschaftsdaten sowie qualitative Aussagen zum Wohnungsmarkt, Pendlerströmen und Schulwesen beinhalten soll, werden frühestens im Sommer vorliegen. Im Anschluss daran muss dann aber unverzüglich eine

Entscheidung über die zur Entwicklung einer Regionalstrategie notwendigen Schritte getroffen werden.

**Aktionismus von SPD
und Grünen beim
Klimaschutz**

Beim Thema des Klimawandels ist dagegen ein kaum zu begreifender Aktionismus festzustellen. Nachdem das bereits seit Jahren virulente Thema seit ein paar Wochen wie jemals kaum ein anderes durch die Gazetten gejagt wird, überbieten sich SPD und Grüne in ihrem Bestreben, dem Zeitgeist hinterher zu hecheln geradezu in abstrusen Forderungen. Während die SPD in diesem Zusammenhang auf einmal das Instrument des Investitionsförderprogramms für Not leidende Städte für sich entdeckt - angesichts Ihrer Einlassungen zum Sportstätteninvestitionsprogramm schon ein starker Tobak, Herr Carraro - wollen die Grünen zur energetischen Optimierung der Liegenschaften des Kreises direkt das Ziel einer Senkung der CO₂-Belastung um 20% festschreiben, aber - wenn man den Antrag einmal genau liest - nicht mal in der Summe, sondern bezogen auf jedes einzelne Gebäude, und zwar offensichtlich völlig unabhängig davon, ob und in welcher Weise das einzelne Gebäude bereits modernen Energiestandards entspricht und das auch noch, ohne die dazu erforderlichen Kosten zu kennen. Dabei wird der Kreis Mettmann bis zum Jahr 2010 laut der Maßnahmenplanung zum Energiemanagement ohnehin bereits einen Betrag in Höhe von insgesamt 13,6 Mio. € investieren. Und nach dem Gertec-Gutachten kann erwartet werden, dass weitere 5% des Energieverbrauchs durch eine Intensivierung des Energiemanagements und kleinere sich sofort amortisierende Maßnahmen eingespart werden können.

**Kreis muss sich auf
den Klimawandel
vorbereiten**

Es liegt mir fern, die Folgen der weltweiten Erderwärmung zu bagatellisieren. Aber, meine Damen und Herren, mal abgesehen davon, dass das Magazin Plusminus in seiner Ausgabe vom 13.03.2007 den Klimawandel in Gestalt des milden Winters als Konjunkturmotor und Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes entdeckt hat, ist das Erstarren in Angst immer ein schlechter Ratgeber. So hat bereits Theodor Heuss gesagt: "Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist." Ähnlich wie beim demographischen Wandel handelt es sich beim Klimawandel um eine Entwicklung, die nicht erst gestern begonnen hat und die selbst mittel- bis langfristig nicht aufzuhalten sein wird. Der Klimawandel als globales Problem wird sich, wenn man sich vor Augen führt, in welchen Teilen der Welt welche Steigerungsraten beim CO₂-Ausstoß zu verzeichnen sind, weder mit Maßnahmen auf europäischer Ebene, geschweige denn mit nationalen Alleingängen nennenswert verlangsamen lassen. Da darf man sich nichts vormachen. Insbesondere werden die

boomenden Schwellenländer - und ich konnte mich in China vor wenigen Monaten mit eigenen Augen überzeugen, was da abgeht - sich nicht durch globale Klimaschutzziele in ihrem wirtschaftlichen Wachstum beeinträchtigen lassen. Realistisch betrachtet tun wir also gut daran, uns auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels vorzubereiten und die daraus resultierenden Veränderungen zu gestalten. Der an diese Erkenntnis anknüpfende Antrag der UWG zu kommunalen Handlungsoptionen und Perspektiven als Reaktion auf den Klimawandel geht nach unserer Auffassung deshalb in die richtige Richtung.

**20-Minuten-Takt
erhalten**

Aufpassen muss der Kreis, nicht nur im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß, dass nicht durch Fallstricke politisch motivierter Entscheidungen im VRR die Qualität des ÖPNV im Kreis durch eine Umstellung von S-Bahnen auf einen 30-Minuten-Takt verschlechtert wird. Dass dies insbesondere bei der stark nachgefragten Regiobahn nicht von vornherein ausgeschlossen wird, ist uns vollkommen unverständlich. Wie der VRR ermittelt hat, wären die Linien im Kreis Mettmann, wenn es nur nach dem Kriterium der Nachfrage ginge, von Leistungsreduzierungen überhaupt nicht betroffen.

**Kreis Mettmann durch
Marke
unverwechselbar
machen**

Meine Damen und Herren,
last but not least ein paar Anmerkungen zum Thema Neandertal-Kreis Mettmann. Sicherlich haben wir - und das muss man selbstkritisch einräumen - eine Chance verpasst, weil wir das Interesse von Medien und Bürgern an dem Thema unterschätzt haben. Bei der öffentlichen Diskussion ist allerdings völlig untergegangen, dass es bei dem Antrag nicht darum ging, dass sich die Bürger mit dem Neandertaler identifizieren, sondern vielmehr darum, dessen weltweiten Bekanntheitsgrad zur besseren Vermarktung des Kreises zu nutzen. Das Ergebnis der vom Kreis initiierten Umfrage relativiert sich deutlich, wenn man einerseits bedenkt, dass es in der Natur der Sache liegt, dass sich Kritiker immer lautstark zu Wort melden und andererseits, dass nicht einmal 0,2% der Einwohner des Kreises sich daran beteiligt haben. Positiv zu bewerten bleibt, dass sich mittlerweile offensichtlich eine bislang gar nicht zu vermutende Identifikation der Bürger mit dem Kreis Mettmann eingestellt hat. Der Ansatz einer Änderung des Kreisnamens steht daher derzeit nicht mehr zur Debatte. Die dem Antrag zugrunde liegende Idee, den Kreis Mettmann durch eine Marke unverwechselbar zu machen, werden wir aber konsequent weiterverfolgen.

Meine Damen und Herren,
die FDP-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt mit dem Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung dem Ziel der Generationengerechtigkeit Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

SPD-Kreistagsfraktion Mettmann



Rede des Vorsitzenden

Udo Carraro

anlässlich der Verabschiedung
des Haushaltes 2007
des Kreises Mettmann

Gehalten am 29. März 2007
Es gilt das gesprochene Wort



Herr Landrat
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich vorab für die SPD-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für den Kraftakt bedanken, rechtzeitig zum Ende des Jahres 2006 einen NKF-Haushalt vorzulegen. Auch wenn wir der Verwaltung 2005 durch die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes vordergründig viel Zeit gegeben haben, diesen Haushalt vorzubereiten und aufzustellen. Wir wissen heute, welcher ungeheuerlicher Einsatz hier erforderlich war. Man braucht sich ja nur die beiden Haushaltsordner anzusehen und kann feststellen, welche Kleinarbeit dahinter steckt. Ganz abgesehen von den vielen Schulungsveranstaltungen, die für die Umstellung erforderlich waren. Und das alles musste neben der laufenden Arbeit erledigt werden.

Dieser Dank gilt nicht nur den Mitarbeitern der Kämmerei, die sicher die finanz- und betriebswirtschaftliche Hauptarbeit geleistet hat, sondern sie gilt allen Sachbearbeitungsebenen in den Ämtern, die sich umstellen und auf völlig Neues einstellen mussten. Die Kleinarbeit der Produkterstellung erfolgte hier.

Als dieser mächtige Haushaltsplan im Dezember mit zwei großen Ordnern und einer CD auf den Tisch kam habe ich gedacht: Oh Gott, wie sollen wir ehrenamtlichen Politiker hier durchsteigen. Aber, learning by doing- wie es Neudeutsch heißt, die Beratungen stellten sich als relativ einfach heraus. Auch dank der sehr guten Vorbereitungen durch die Kämmerei. Allerdings, das gebe ich zu, auch durch die überaus gute Zusammenarbeit der Fraktionen hier im Kreistag.

Deshalb nochmals dank an alle, die an diesem Werk mitgearbeitet haben. Die Arbeit ist allerdings noch nicht beendet. Heute wurde uns die Eröffnungsbilanz vorgelegt, die wir noch zu beraten haben.

Auch für die Verwaltung beginnt jetzt ein neues Zeitalter, nämlich die betriebswirtschaftliche Buchführung und Betriebsführung. Das heißt nicht in jedem Falle, dass bisher unwirtschaftlich gearbeitet wurde, aber die Verwendung der Haushaltsmittel ist jetzt detaillierter nachvollziehbar.

Das heißt aber auch für uns Politiker: Wir müssen umdenken und umlernen. Wir sollten uns auf Zielformulierung und Kontrolle beschränken und das Handeln der Verwaltung überlassen. Dann bringt das NKF den Erfolg, den sich alle davon erhoffen.

Der eingebrachte Haushaltsentwurf ist, meine Damen und Herren, ja im Großen und Ganzen unspektakulär. Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass er im Entwurf Millionen mehr an Kreisumlage für die Gemeinden mit sich brachte.

Die Gemeinden müssen 2007 ca. 9 Millionen mehr an Kreisumlage zahlen als 2006. Den meisten Gemeinden geht es auch nicht gut, deshalb ist es verständlich, dass einzelne Bürgermeister stereotyp über den Kreis meckern; Klappern gehört zum Handwerk. Sie vergessen aber leider viel zu schnell, wie viel Millionen wir in den letzten Jahren gegenüber den Planzahlen der Haushalte und neben den Haushalten an die Gemeinden weitergereicht bzw. nicht abgefordert haben. 2006 waren das übrigens über 6 Millionen.

Wenn aber eine Vertretung der Selbstverwaltungskörperschaften über Jahre den Willen zu Einsparungen gezeigt hat, dann war es dieser Kreistag. Wir Sozialdemokraten haben das immer mitgetragen, weil wir das Wohl der Gemeinden nicht aus den Augen verloren haben. Aber: was die Vertreter der Städte zu oft vergessen: Wir handeln nicht für uns, wir handeln für die Solidargemeinschaft Kreis und das sind die Städte mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Nach Abzug unserer Verwaltungskosten fließt alles zurück in Leistungen für die Einwohner des Kreises. Für Kinder, Senioren, Schüler, Behinderte, Betriebe, Erhaltung der Natur und Umwelt usw.

Manche Bürgermeister tun so, als würden wir für uns handeln, als sei der Kreis völlig außerhalb des Leistungsspektrums der kommunalen Familie.

Der Haushalt nach Betriebswirtschaftlichen Grundsätzen kostet nun auch ein wenig mehr. Denn es ist gut so, dass die Gemeinden und wir endlich Geld zurücklegen müssen für die Pensionen der Beamten, dass Rücklagen für die Beihilfen im Krankheitsfall geschaffen werden müssen und dass nun endlich auch die Abschreibungen für die Investitionen in die Haushalte einfließen. Endlich ist Schluss mit der Geldausgabe für Investitionen und für Ersatzbeschaffungen in späteren Jahren wurde kein Pfennig zurückgelegt. Deshalb stehen viele Gemeinden ja vor der Insolvenz. Die Kanäle marode, die Schulen marode. Die Ersatzbeschaffungen wurden immer den nachfolgenden Generationen aufgebürdet. Das kostet natürlich alles zusätzlich Geld und belastet die Kreisumlagen. Ist aber fair den zukünftigen Generationen gegenüber.

Ein Glücksfall mildert die zusätzlichen Belastungen hier beim Kreis ein wenig ab. Der LVR hat seine Umlage gesenkt und, dank der hervorragenden Entwicklung der Kreisverkehrsgesellschaft, kann diese uns mehrere Millionen in den Haushalt spülen. Das zusammen senkt die Umlage gegenüber dem Entwurf um 0,7 Punkte.

Wir waren und sind immer für eine niedrige Kreisumlage. Aber es muss auch sinnvoll und vertretbar sein, die Umlage zu mildern.

So niedrig wie möglich, aber auch so hoch wie nötig heißt unsere Devise.

So hoch wie nötig heißt, was kostet die Erhaltung des Kreises der Solidargemeinschaft, diesen Kreis so liebenswert und lebenswert zu erhalten und ihn konkurrenzfähig im Umland der Großstädte auf Dauer zu etablieren.

Interessant ist ja, dass die Städte bzw. Bürgermeister am lautesten nach Entlastung schreien, denen es finanziell hervorragend geht. Sie haben aus Standortvorteilen und das streite ich nicht ab, aus weitsichtigen Entscheidungen, ihre Städte hervorragend positioniert. Aber hier hat auch ne Menge Glück mitgespielt. Dort sprudelt die Gewerbesteuer, die Einnahmen sind gut. Deshalb zahlen Sie auch eine hohe Kreisumlage. Aber das ist nun mal so in einer Solidargemeinschaft: Die, denen es besser geht, zahlen mehr als die, die am Hungertuch nagen.

Und hierhin passt der Ruf des Bürgermeisters von Langenfeld nach dem Verkauf der RWE-Aktien, die der Kreis besitzt.

Viele von Ihnen wissen noch, dass auch ich vor einigen Jahren hier von dieser Stelle einem Verkauf eines Teiles der Aktien das Wort geredet hatte.

Um Kreisumlage und Schulden zu senken. Ich müsste ihm Beifall klatschen.

Wir konnten uns nicht durchsetzen, haben aber, und das ist der Erfolg dieses Gedankens, einen wirtschaftlicheren Einsatz der Aktien auf den Weg gebracht. Bis dahin beschränkte sich der Einsatz auf Einnahme der Dividenden und nach Abzug der Steuern wurden die Restbeträge im EP9 als Einnahme verbucht.

Heute meine Damen und Herren, gebe ich zu: man lernt immer dazu im Leben.

Dieser Kreistag hat seine RWE-Aktien in seiner Kreisverkehrsgesellschaft so positioniert, dass die Städte laufend davon mehr profitieren, als es mit Senkung der Kreisumlage einmalig um einen großen Betrag möglich gewesen wäre. Ich bin sicher, der Erfolg wäre heute verpufft, wäre nicht der geniale Gedanken des damaligen Kämmerers Heinrich Stang in die Tat umgesetzt worden.

Immerhin: Wir konnten die Umlage für den ÖPNV, den die Städte als Sonderumlage zahlen, in den letzten 7 Jahren um über 13 Millionen senken.

In diesem Jahr fließen über 3 Millionen in den Kreishaushalt und tragen zur Senkung der Kreisumlage bei.

Da ist der Schrei nach einem sofortigen Verkauf der Aktien mehr Populismus als Weitsicht.

Wir wollen sehr behutsam mit dem weiteren Einsatz der Aktien umgehen. Das wird zur Zeit untersucht und geprüft. Dazu stehen wir.

Wir brauchen für den Kreis noch eine Menge Geld. Ich erinnere an die Rückstellungen für die Pensionen. Hier geht es um mehrere Millionen. Auch da könnte man sich einen Einsatz der Aktien vorstellen.

Aber Schnellschüsse sollten wir lassen.

Und noch ein nicht ganz so ernst gemeinter Hinweis an den BM von Langenfeld: Die Masse der Aktien wurde vor 1929 vom Kreis angeschafft. Langenfeld gibt es erst seit 1948. Die Städte Reusrath und Richrath, aus denen Langenfeld entstanden ist, gehörten, soweit ich das gelernt habe, damals nicht zum Kreis. Also stellt sich doch die Frage, ob Langenfeld überhaupt einen Anspruch auf Erlösanteile haben kann.

Vermögen und so genannte freie Spitzen bilden den einzigen Handlungsspielraum des Kreises, neue sinnvolle Betätigungsfelder für die Solidargemeinschaft zu erschließen.

Wo und wie sich der Kreis für die Kommunen betätigt und einsetzt, da gibt es wahrlich deutliche Unterschiede in den politischen Vorstellungen.

Da lande ich zunächst bei der FDP mit ihrem jungen dynamischen Juristen an der Spitze, der offenbar alle Leistungen des Kreises, die über die gesetzlich vorgegebenen Leistungen hinausgehen in Frage stellt.

Wissen Sie, Herr Wedel, der Innenminister des Landes, Herr Wolf, der seinem Namen gerecht wird - darauf komme ich nachher noch - weil er die Kommunen zunichte macht, handlungsunfähig macht - benutzt sie wahrlich als Wedel. Sie sollen alles aus den Kommunalhaushalten rauskehren, was nicht zu den Kernaufgaben gehört. Was sind die die Kernaufgaben?

Zu den Kernaufgaben gehört nach unserer Auffassung ein bürgerfreundliches, sozial gerechtes und lebenswertes Umfeld, nämlich Kreis. Und das solidarisch damit alle Bürger des Kreises ein gleiches Umfeld haben. Und das kostet Geld, ohne Frage.

Was machen Sie: Sparen sparen sparen. Alles in Frage stellen, was nicht Pflichtleistung des Kreises ist. Und sie verkaufen das auch noch als Politik für den Bürger.

Und die CDU ist da in Schwierigkeiten - in Düsseldorf und hier wahrscheinlich auch.

Mit Fäusten in der Tasche mussten sie einigen Ihrer Vorschläge folgen, um sie nicht als den geborenen Koalitionspartner für knappe Wahlentscheidungen zu verlieren.

Nur in Düsseldorf ist es einigen Mitgliedern der Koalition schon übel.

Zu den Beispielen.

Ich habe unter allen Anträgen, die zum Haushalt eingebracht wurden, nicht einen der FDP gefunden, der für den Bürger was bringt.

Einsparen, kürzen, nicht notwendig, ist die Überschrift fast jeden Antrages der FDP:

Lehrer brauchen kein vernünftiges Lehrerzimmer. Aber hier haben sie ja noch kurz vor Toresschluss die Kurve gekriegt.

Verglasung des Verbindungsganges will die FDP nicht, Automatische Türöffner in Velbert, will die FDP nicht usw.

Und was der FDP-Innenminister in Düsseldorf macht zielt auch auf die Ausblutung der Kommunen ab. Änderung des §107 der GO. Der Kreis darf sich in Zukunft nicht mehr marktwirtschaftlich bestätigen.

Viele Kommunen und auch der Kreis haben sich in den letzten Jahren aus der Finanzmisere gerettet, in dem sie Bäder, Parkhäuser, Freizeitparks privatwirtschaftlich organisiert haben; Gewinn oder die Verluste kleiner gemacht haben. Alles nicht mehr möglich, geht es nach der FDP.

Die CDU in Düsseldorf ist in großen Teilen sauer, dass sie der FDP folgen muss.

Die Konsequenz aus dieser Wolf-Politik ist, dass letztlich die Kommunen nur noch die verlustreichen Bereiche abdecken dürfen und alles was Gewinn bringt, wird privatisiert.

Der Wolf frisst alles auf, was den Gemeinden gut tut und hilft, wie im Märchen die sieben Geißlein. Aber für den ist es ja auch nach hinten losgegangen.

Und sie, Herr Wedel, und Ihre FDP hier dehnen das noch aus. Sie wollen doch allen Ernstes alle Bereiche für die der Kreis Zuschüsse gibt überprüft habe, ob sie denn nicht ausgeschrieben werden können.

Wollen sie etwa unseren Zuschussbereich Special Olympics, wo wir die Teilnahme Behinderter aus dem Kreis an den Olympischen Wettkämpfen mit fördern, ausschreiben? Ob das vielleicht ein privater Organisator billiger macht?

Oder wollen Sie den Zuschuss an den Kreissportbund von einer Ausschreibung abhängig machen ob es bei einem privaten Fitness-Center nicht preiswerter geht?

Also, ich habe Ihren Antrag nicht verstanden. Hier geht es um Zuschüsse für überwiegend ehrenamtliches Engagement. Nicht um die Leistung an sich.

Noch ein Satz zur Landespolitik, die uns das Leben schwer macht:

NRW ist das einzige Land, das die Kürzung der Mittel für den ÖPNV durch den Bund nicht abgemildert, sondern voll an die Kommunen weitergibt. Alle anderen Länder haben aus den höheren Einnahmen aus der Mehrwertsteuer diese Kürzungen ausgeglichen. Nur NRW nicht.

Das führt zu Einschränkungen im ÖPNV, hier besonders bei der S-Bahn. Wir haben noch Glück im Kreis. Aber auch wir müssen mit Änderungen leben und auch mit höheren Fahrpreisen.

Und da sind wir Herrn Richter dankbar, der, wie man hört, am vergangenen Wochenende Tacheles Richtung Düsseldorf geredet hat.

Meine Damen und Herren,

wir und die Städte können mit dem Haushalt an sich zufrieden sein, gäbe es die FDP nicht, die auch hier im Hause von der CDU so stark gemacht wird.

Sie müssen aufpassen, Herr Kollege Völker, sonst kann Herr Wedel bald vor Kraft nicht mehr laufen.

Aber im Großen und Ganzen gibt es keine gravierenden Leistungskürzungen im freiwilligen Bereich. Das ist uns Sozialdemokraten wichtig, weil es hier im Wesentlichen um Behinderte, Senioren, Kinder und benachteiligte Mitbürger geht.

Gegenüber dem Entwurf kann die Umlage um 4.2 Millionen gesenkt werden und erstmalig ist die Nettoneuverschuldung auf Null.

Obwohl, letzteres muss auch nicht unbedingt ein Ruhmesblatt sein. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs sind Investitionen wichtig. Und da ist eine Kreditaufnahme keine Maßstab für unwirtschaftliches handeln.

Wer gestern aufmerksam die Zeitungen gelesen hat, konnte zur Kenntnis nehmen, dass der Kreis Mettmann, auch was die Zukunftsaussichten angeht, sehr gut in Deutschland positioniert ist. Alle 439 Städte und Kreise wurden vom Prognos-Institut untersucht. Wir liegen an 140. Stelle, also im oberen Drittel.

Und wir liegen vor den Kreisen Wesel, Kleve, vor Solingen, Remscheid, Duisburg, Viersen, Mönchengladbach. Bewertet wurde u.a. die Produktivität, das Wachstum der letzten Jahre und die Arbeitslosenquote.

D.h., wir brauchen uns nicht zu verstecken.

Wir haben erfolgreiche Projekte stabilisiert. „Lott Jonn“ ist ein bestes Beispiel dafür und hat bundesweit Beachtung und Lob gefunden.

Wir wollen, dass alle Kindergärten und auch die U3 Kinder möglichst schnell auch in den Genuss dieser Gesundheitsförderung kommen.

Mit der Aufstockung der Finanzmittel konnten wir uns nicht durchsetzen, sind aber guter Hoffnung im Interesse der Kinder, dass wir das 2008 gemeinsam auf den Weg bringen. Signale aus der CDU sind da viel versprechend.

Nicht nur aus Erfahrungen mit den Folgen des Sturms Kyrill haben wir Sozialdemokraten eine Klimaschutzoffensive gestartet. Damit sind wir nicht vor verschlossene Türen gelaufen, weil auch andere Fraktionen in die gleiche Richtung denken.

Wenn die Initiative auch jetzt nicht haushaltswirksam ist, sind wir froh, dass auch dieser Antrag weiter beraten wird und hoffentlich zusammen mit anderen Anträgen zu einer konzertierten Aktion im Kreis Mettmann für den Klimaschutz wird.

Herr Völker, ihr Antrag auf Erhalt der Grünen Lunge Kreis Mettmann hat ja sicher den gleichen Hintergrund. Lassen Sie uns alle das gemeinsam angehen.

Obwohl, das muss ich gestehen, ich beim ersten Lesen dieses CDU-Antrages fast vom Stuhl gefallen bin. Nur zu gut erinnere ich mich an frühere Beratungen, als wir Mittel für zusätzliche Aufforstungen im Kreis gefordert haben, als wir Mittel für den Erhalt und die Erweiterung von Naturschutzgebieten gefordert haben, als wir Mittel für den Erhalt von Brachflächen gefordert haben, usw.

Immer wieder sind wir aus Spargründen bei der Mehrheit hier im Haus auf den Bauch gefallen.

Auch der oft unterschiedliche Umgang mit dem Landschaftsplan- den Befreiungen gegenüber den Städten- wirft Schatten auf diesen CDU-Antrag.

Letztes Beispiel Heiligenhaus. Hier geht wieder ein Lungenbläschen unserer, wie sie es nennen; „Grünen Lunge“ verloren. Deshalb haben wir der Befreiung nicht zugestimmt.

Wenn Klimaschutz, Erhalt der grünen Lunge keinen leeren Worte sein sollen, müssen wir handeln, leider oft auch zum Nachteil der Expansionswünsche der Städte.

Und wissen Sie meine Damen und Herren, wenn wir es uns leisten können, zum Wohle der Sportler ein Sportstätteninvestitionsprogramm aufzulegen, dann müssen wir es uns gerade leisten können, ein Klimaschutzinvestitionsprogramm aufzulegen. Da muss ich der UWG Recht geben.

Nur Ihr Antrag war eine Nummer zu groß und unausgegoren was die RWE-Aktien angeht.

Nun ist er ja erst einmal zurückgezogen.

Und ich weiß auch nicht Herr Kanschadt, wie weit Ihre am Montag im Kreisausschuss reklamierte Gnade des späten Eintritts in den Kreistag noch geht.

Als sie bei der Abstimmung über die Hardert-Rücklage Enthaltung signalisierten, weil sie damals noch nicht dabei waren.

Beim Ankauf der RWE-Aktien waren wir alle noch nicht dabei.

Wir gehen mit Spannung in die weiteren Beratungen.

Auch die von uns vorgeschlagene Qualifizierungsoffensive landete - Gott sei dank - nicht im Papierkorb. Im Interesse der Jugendlichen sind wir dankbar, dass dieser Antrag weiter verfolgt wird.

Damit setzen sich jetzt Verwaltung und Fachausschuss auseinander.

Wir haben ein gutes Berufsschulwesen, darauf können wir alle im Kreis stolz sein.

Aber wir haben auch noch zu viele Jugendliche ohne berufliche Ausbildung. Nur qualifizierte junge Menschen haben eine Perspektive. Da müssen wir Verantwortung zeigen und handeln. Es ist richtig, das können wir als Kreis nicht alleine, da müssen alle mit ins Boot, die sich mit Arbeit und Ausbildung befassen.

Das ist jetzt auf dem Weg, hoffentlich mit schnellem und gutem Ergebnis. Aber: Das wird Geld kosten, da geht kein Weg dran vorbei.

Wie vieles uns Geld kosten wird, das müssen auch die Städte einsehen.

Ich stimme Ihnen ja zu, Herr Völker, dass wir als Kreis nicht überall einspringen können, wo uns das Land Geld wegnimmt.

Wie Kürzung der Landeszuschüsse für Übungsleiter, Regionalstelle Frau und Beruf, Frauenhaus und Finanzierung der Seniorenenerholungsmaßnahmen.

Aber, an einigen Aufgaben scheidet sich unser politisches Engagement.

Beim Frauenhaus sind wir noch nicht bei Schmitzbackes. Bis Ende 2007 haben Sie ja noch die Kurve gekriegt. Mal sehen was 2008 kommt.

Für uns ist das klar, wir wollen weiter wie bisher.

Bei den Seniorenenerholungsmaßnahmen hat die FDP ja sofort den Ruf aus Düsseldorf aufgenommen. Alles, was nicht Kernaufgabe ist muss, eliminiert werden.

Deshalb muss auch jetzt endlich die Sonderrücklage für Hardert weg.

Im ersten Schritt fällt nach dem Willen von FDP und CDU nur die Bezeichnung weg:

Den 2. Teil, nämlich das Geld anders zu verwenden, haben sie, Herr Wedel, ja zunächst fallen gelassen. Sie wollten das Geld ja der Neandertalstiftung überweisen.

Herr Wedel noch mal: Der Titel stand nach Verkauf Hardert als Synonym für Seniorenarbeit. Deshalb hatten wir ja auch aus dieser Rücklage vor wenigen Jahren Finanzierungsanteile für die Seniorentagesstätten entnommen.

Für uns ist ein Fortbestand der Rücklage ausschließlich für die Senioren wichtig.

Ihr Vorgehen ist ein weiteres Beispiel für Aushöhlung unserer freiwilligen Leistungen. Mit uns nicht.

Ich warne nochmals: Ihr übereifriger Sparansatz und Ihr Ziel, Beschränkung der Arbeit auf Kernaufgaben verbunden mit Ihrem ewigen Drängeln, mehr Aufgaben in die private Wirtschaft zu vergeben, führt in die Dunkelheit.

Und in der Dunkelheit im Kreis zu leben wird keinen Spaß mehr machen.

Und: Es sind kleine Schritte, den Kreis als Selbstverwaltungsebene für spätere Gemeindereformen wie 1975 in Frage zu stellen.

Das sollten Sie bei Ihrem Handeln nicht aus dem Auge verlieren.

Hier fällt als neuestes Beispiel die Konzentration der Chemischen Untersuchungsämter in einer Anstalt auf. Die Verwaltung hat vorgestern klar gemacht- und Herr Völker hat das für die CDU unterstützt- dass dies ein Irrweg zum Nachteil des Verbraucherschutzes ist. Und so wird Stück für Stück unsere Selbstverwaltung für die Bürger ausgehöhlt.

Hoffentlich findet die Landesregierung noch auf den Pfad der Vernunft zurück.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein paar Sätze außerhalb des Haushaltes.

Die Namensgebung.

Ich finde es schade, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern keinen Weg gefunden haben, unser weltberühmtes Neandertal mit seinem Museum in unseren Namen zu integrieren.

Ich muss allerdings zugeben, wir haben einen großen Fehler gemacht, indem wir unsere gemeinsamen Ideen nicht früh genug und ausreichend transportiert haben.

Die Bürgerinnen und Bürger fühlten sich überrumpelt. Schade.

Natürlich haben sich sehr viele an den verschiedenen Umfragen beteiligt. Aber dass sich überwiegend die Gegner beteiligen war doch klar.

Man könnte das Ergebnis ja auch anders interpretieren: Schweigen heißt Zustimmung. Dann hätten wir ein eindeutiges Ergebnis.

Meine Damen und Herren, wir haben bei über 500.000 Einwohnern 376000 Wahlberechtigte im Kreis. Davon haben sich 1.100 an der Kreisumfrage beteiligt. Das sind ganze 0.3% der Wahlberechtigten.

Gut, wir wollen nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen und halten diese Überlegungen an.
Wir suchen jetzt nach einem anderen Weg unser Neanderthalmuseum und das Neandertal im Kreis Mettmann als Synonym für den Kreis zu bewerben.
Wir müssen ganz einfach das, was Fuhlrott hier im Kreisgebiet entdeckt hat, auch für uns ausnutzen. Und das Neanderthalmuseum ist ein Pfund, mit dem wir wuchern sollten. Von New York bis Tokio und von Kirkenes bis Johannesburg ist das Neandertal ein Begriff. So sollte es auch ein Begriff werden, dass dieses Tal im Kreis Mettmann liegt. Das gehört nicht zu Düsseldorf, wie es leider fast immer beschrieben wird.

Zurück zum Haushalt:

Wir bringen heute nochmals einen Antrag ein, der auf die Senkung der Ausgaben zielt. Das hat nichts mit Einsparungen zu tun, Herr Wedel, sondern mit Haushaltswahrheit.
Es geht um die Kosten für die Krankenhilfe. Hier hatte die Verwaltung eine Steigerung von über 30% gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 beantragt.
Und das obwohl seit zwei Jahren die Entwicklung rückläufig ist und jetzt keine neuen Leistungsempfänger mehr hinzukommen können.
Das haben wir moniert. Dann hat die Verwaltung noch mal nachgedacht und meint nun, sie benötige nur noch eine Mehrausgabe von 25%. Das sind schon knapp 400.000 weniger als beantragt. Und das obwohl sie im Fachausschuss ihren hohen Ansatz schon vehement verteidigt hatte.
Aber auch dies erscheint uns noch viel zu hoch, Herr Kreisdirektor.
Unser heutiger Antrag bedeutet immer noch eine Steigerung von über 20%.

Mindestens um weitere 450.000 € kann der Ansatz gekürzt werden. Der Betrag kann -Herr Wedel- noch zusätzlich zur Senkung des Kreditrahmens eingesetzt werden.

Wir sahen im Kreisausschuss keine Mehrheit, der Glaube an die Unfehlbarkeit der Verwaltung hat hier über Fakten gesiegt.
Trotzdem stellen wir diesen Antrag heute erneut, weil auch neue Recherchen uns nur bestätigt haben: dieser Zuwachs ist unrealistisch.

Wir werden im Laufe des Jahres sehen, Herr Kreisdirektor, wer richtig gelegen hat.
Waren Sie es, biete ich wie bei „Wetten dass“ als Wetteinsatz einmal Waschen Ihres Dienstwagens an.
Ich weiß, dass ich keine nassen Hände bekomme und erwarte auch keinen Gegeneinsatz.

Ansonsten meine Damen und Herren, machen wir Sozialdemokraten von dieser Frage nicht unsere Zustimmung zum Haushalt abhängig.

Wir stimmen dem Gesamthaushalt zu.
Und auch dem Stellenplan. Wie alle Jahre appelliere ich an den Landrat, das große Potential der leistungsfähigen und kreativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern, ihnen alle Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs zu bieten soweit dies Tarifverträge und Stellenplan es ermöglichen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld mit mir, meine Damen und Herren.



Rede des stellv. Vorsitzenden der
Kreistags-Fraktion der
Vereinigung der freien und unabhängigen
Wählergemeinschaften im

Kreis Mettmann (UWG-ME),

Herrn Ulrich Kanschat.

Haushaltes 2007 des Kreises Mettmann.

Kreistag, 29. März 2007.

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe am 29. März 2007 ab 15.00 Uhr.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich diese Rede mit dem Dank an die Verwaltung und hier insbesondere an die Kämmererei beginnen, welche die nicht leichte Aufgabe übernommen hat, aus dem bisherigen kameralen Haushalt ein dopisches, kaufmännisches Finanzmanagement und zwar über alle Aufgabenbereiche des Kreises, zu erstellen.

Der uns heute vorliegende Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2007 hat sicher noch Ecken und Kanten, die erst beim Umgang mit den neuen Produktbereichen, dem Ergebnis – und Finanzplan und schließlich mit der Bilanz selbst aufzeigen werden wo noch notwendige Korrekturen und Änderungen von Nöten sind. Wir deuten heute schon an, dass wir zukünftig wesentlich mehr steuerungsrelevante Kennzahlen benötigen um unserem Kontrollauftrag gerecht werden zu können.

Die uns jetzt vorliegenden Zahlen und Summen der Produktgruppen, sind nicht mehr vergleichbar mit den unterschiedlichen Haushaltsstellen vergangener Jahre. Neu ist die Verpflichtung für Pensionsrückstellungen. Hierbei geht es um Millionen Euro und darum erwarten wir hier vom noch ausstehenden Gutachten exakte Zahlen. Ungefähre Schätzungen zum Gesamtvolumen sind uns zu wenig.

Noch gravierender ist es, dass wir bisher die Zahlen der Eröffnungsbilanz nicht prüfen konnten, da sie uns bisher nicht vorlagen. Erst aus den dort ermittelten Werten kann die jährliche Abschreibung errechnet werden. Gleichzeitig ist sie unverzichtbar zur Ermittlung der Ausgleichsrücklage des Kreises.

Aus Erfahrung in Velbert wissen wir, wie schnell bei der Bewertung von Immobilien, Strassen, Brücken, Schulen und sonstigem Vermögen, Fehler gemacht werden können, die anschließend, bei erneuter Bewertung, zur Erhöhung des Vermögens führen.

Das hört sich im ersten Moment recht gut an, ist aber bei genauer Betrachtung in 2 Punkten heikel: 1. Bei höherem Wert, ist auch die jährlich durchzuführende Abschreibung höher. 2. Bei einem Verkauf von Vermögenswerten ist, sofern nicht der Buchwert erreicht wird, eine Wertberichtigung von Nöten. In beiden Fällen belastet dies den Ergebnishaushalt.

Und nur die Summen im Ergebnishaushalt entscheiden darüber, ob ein Haushalt ausgeglichen ist oder nicht.

Wenn wir uns nun dem Haushaltsplan-Entwurf zuwenden, so haben wir festzustellen, dass der Ergebnisplan in Erträgen und Aufwendungen mit rund 381,6 Mio. Euro ausgeglichen ist.

Hierbei betont der Kämmerer, dass die Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte gegenüber 2006 gesenkt wurde. Allerdings geht er von dem geplanten Ansatz aus. Unsere Messlatte ist eine völlig andere. Tatsächlich wurde die Umlage mit 43,9 % Pkt. für 2006 angesetzt. Bei Betrachtung der konkreten Zahlungen wird die Kreisumlage zwar um 0,4 % Pkt. gesenkt, aber trotzdem noch um real 3,1 Mio. Euro erhöht.

Das dient nicht der Stabilisierung der angespannten bis verheerenden Haushalte der ka-Städte. Für uns zählt nur, was tatsächlich aus den Kassen der Städte abfließt und nicht eine virtuelle Summe.

Die Kreisumlage ist und bleibt der größte „Ertragsposten“ im Kreishaushalt. Wir wissen dass der Kreis auch in diesem Jahr keinerlei Schlüsselzuweisungen des Landes erhält. Tatsache ist aber, dass Leistung und damit Erhöhung der Steuerkraft in den ka-Städten bestraft wird und wir uns gegen die seit vielen Jahren stattfindende Ausplünderung von Bund und Land kaum wehren können. Der Leitsatz: „Wer bestellt – bezahlt“ muss mehr Gewicht bekommen. Notfalls muss man kommunalen Ungehorsam praktizieren, damit der Ausplünderung, die sich bis zum Bürger fortsetzt, Einhalt geboten wird.

Zusagen für Leistungen an die kreisangehörigen Städte oder die freien Träger können wir auf Dauer nur dann einhalten, wenn sich der Bund und im überwiegenden Teil das Land nicht aus ihren Zusagen verabschieden. Dieses gilt beispielhaft aktuell für den Wegfall der Landesförderung bei der Regionalstelle Frau und Beruf und der Finanzierung der 4. bzw. 5. Stelle für Problemstellung > häusliche Gewalt <, im Frauenhaus. Hier ist nun die 4. Stelle abgesichert, deren Finanzierung wir mittragen. Was die 5. Stelle angeht, so ist auch diese bis zum Jahresende sicher. Darüber hinaus muss die Verwaltung für den Haushalt 2008 die im letzten Sozialausschuss erfolgte Aufgabenstellung im Laufe des Jahres abarbeiten.

Meine Damen und Herren, es ist aber auch klar, dass der Haushalt des Kreises und damit die Kreisumlage nicht, wie befürchtet, mit Einführung des NKF wesentlich erhöht wurde. Hieran hat die Verwaltung einen großen Anteil, den wir anerkennen.

Die Erhöhung der Sonderumlagen für die Berufskollegs des Kreises wollen wir wegen unserer Orientierung an der Bildungspolitik noch nachvollziehen. Schwerste Bedenken haben wir aber bei der Umlage für den Zweckverband VRR, die den ka-Städten, auch unter Berücksichtigung des finanziellen Vorteils aus der KVG, abverlangt wird. Hier muss der VRR bewegt werden, die Einhaltung der Mindeststandards im ÖPNV und vor allen Dingen dem SPNV (Schienengeführter Personen-Nah-Verkehr) durchsetzen. Da die Verträge zwischen dem VRR und der Deutschen Bahn AG von Seiten der DB in wesentlichen Teilen nur mangelhaft umgesetzt werden kann, was seit eh und je bekannt ist, stellen wir nach wie vor den zu zahlenden Anteil des VRR an die Deutsche Bahn AG in Frage. DB und VRR haben den Kreistag zumindest im Unklaren darüber gelassen, dass beabsichtigt ist, trotz ihren Versprechungen im ÖPNV-Ausschuss, alles würde besser, massive Leistungskürzungen auf den S-Bahnen im Kreis ernsthaft langfristig zu überlegen. Dies 10 Tage nach der Sitzung des ÖPNV-Ausschusses aus der Presse erfahren zu müssen, ist kein guter Stil.

Wir erwarten, dass der Kreis eine klare Sprache gegenüber dem VRR und der DB anschlägt.

Ein SPNV in der jetzigen, unberechenbaren Form kann keiner wollen und hinnehmen. Erst recht nicht der Kreis Mettmann, für den der Öffentliche Personennahverkehr ein entscheidender Standortfaktor ist und den die Kommunen des Kreises und der Kreis mit großen finanziellen Opfern in der Vergangenheit gefördert hat.

Wir sind daher auf einer Linie mit den Bemühungen des Herrn Kreisdirektor Richter und der klaren Worte des Herrn Landrat, bei der Einbringung des Haushaltes, die die konkreten Zusagen der DB und des VRR auf ihre Nachhaltigkeit prüfen wollen. Wir unterstützen und begrüßen auch die jüngsten Äußerungen des Landrates zu den Sparplänen im SPNV. Wir verlangen die Beibehaltung der alten Taktfrequenz und die Beibehaltung der unmittelbaren Anbindung der Stadt Hilden an den Flughafen.

Sie alle wissen, dass ca. 37 % oder rund 99,1 Mio. Euro, der Kreisumlage an den LVR weitergereicht werden und somit nur ein durchlaufender Posten beim Kreis ist. Auch

hier müssen wir feststellen, dass trotz Senkung der Umlage um 0,4 Prozent aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen eine Erhöhung um 2,2 Mio. Euro stattfindet.

Wir fordern Sie, Herr Landrat auf, sich nachhaltig beim LVR dafür einzusetzen, dass auch dort im Interesse der Kommunen ein stetiger und nachhaltiger Konsolidierungskurs gefahren wird, damit auch weiterhin die Umlage gesenkt werden kann. Wir können uns nicht des Gedankens erwehren, dass die Umlagebehörde LVR mit der Konsolidierung Ihres Haushaltes nur schleppend vorankommt.

Meine Damen und Herren, gemessen an den Gesamtausgaben gibt der Kreis nur ca. 1,2 % seiner ihm zur Verfügung stehenden Mittel als freiwillige Ausgaben aus. 98,8% sind Pflichtaufgaben.

Aber Pflichtaufgaben darf nicht heißen, dass hier nicht darauf geachtet werden muss, diese auf preiswerte Alternativen zu prüfen. Alle Ausgaben müssen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Einmal gewährte Zuschüsse dürfen keine Selbstläufer sein. Gleich gute aber preiswertere Alternativen sind einzusetzen, auch wenn jahrelang anders verfahren wurde.

Gerade in den Sach- und Dienstleistungen des Grundstücks – und Gebäudemanagement erkennen wir Einsparpotentiale. Dieses gilt insbesondere bei der Energieversorgung, der baulichen Unterhaltung, der Reinigung und Pflege und Wartung der Außenanlagen. Konkretere Pflichtenhefte bei der Erstellung von Ausschreibungen verhindern die Erhöhungen der Zahlungen, weil Nach- oder Zusatzarbeiten anfallen, die sich die ausführenden Firmen gut und gerne bezahlen lassen.

Es soll nicht vergessen werden, dass die sozialen Leistungen mit 161,0 Mio. Euro den größten Ausgabenbereich des Haushaltes darstellen. Hier sind fast ausschließlich Pflichtausgaben enthalten.

Wir hoffen inständig, dass im Bereich SGB II (oder auch bekannt unter Hartz IV) die Vorgaben erfüllt werden, im laufenden Jahr die Senkung der Bedarfsgemeinschaften um 4% zu erreichen. Denn auch hier gibt es noch eine Planungsunsicherheit, die im Jahre 2006 durch steigende Bedarfsgemeinschaften zu einem Nachtragshaushalt geführt hat. Wir wollen hoffen, dass dank guter Wachstumszahlen der Wirtschaft und sinkender Arbeitslosenzahlen es zu keiner erneuten Steigerung bei den Bedarfsgemeinschaften kommt.

Sie können sich allerdings darauf verlassen, dass wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Kreises die Entwicklung und die Finanzierung der geänderten Sozialstruktur kritisch, aber auch konstruktiv begleiten, damit diese erträglich bleibt.

Die steigenden Anforderungen in der Aufgabenstruktur des Kreises haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Diese Leistungssteigerung erwartet allerdings den Bürger auch in allen Bereichen der täglichen Arbeitswelt, ohne dass er in der Regel einen sicheren Arbeitsplatz hat.

Wir gehen davon aus, dass im Zuge des NKF deutlich wird, wo ohne zusätzliches Personal Schnittstellen sachlich verbessert werden können, wo besser ausgestattete Arbeitsplätze die Arbeit erleichtern und Freiräume bzw. Personalreduzierungen zu schaffen sind. Nicht eine Kaputtsanierung wird von uns gefordert, sondern ein betriebswirtschaftlich sinnvolles Personalmanagement ist von Nöten.

Hierzu zählt vorrangig der Bereich Me-BIT. Nach heutigem Kenntnisstand ist dieser Bereich einfach zu beschreiben: Zu hohe Personalstruktur, ineffizient und zu teuer.

Hier erwarten wir von der Verwaltung, dass sie den dringenden Handlungsbedarf erkennt und entsprechend handelt. Wenn sich zukünftig die Tätigkeiten der ME-BIT nur noch auf den Kreis und ggfls. die Stadt Mettmann beschränken, dann muss der Personalbestand reduziert werden. Historische Ursachen gelten nicht mehr als Ausrede.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, wir die UWG-ME treten für eine finanziell, solide Politik ein und sind frei von ideologisch geprägten Vorstellungen oder Diktaten von oben. Wir wollen Geld dort ausgeben, wo es nötig ist und wo die Gegenleistung stimmt. Deshalb werden wir alle Vorlagen und Anträge, die sich dieser Forderung stellen, sachlich und kompetent in den Fachausschüssen begleiten.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich nun zu den Bereichen kommen, die uns besonders am Herzen liegen:

Hier bedauern und bemängeln wir, dass unser Antrag zur Aufstockung des Personals für die Heimaufsicht nicht aufgenommen wurde, obwohl die Anzahl der Pflegeeinrichtungen stetig zunimmt und mit der Überwachung der ambulanten Pflege neue Aufgaben auf die Heimaufsicht zukommt. Wir hoffen nur, dass es dem Kreis erspart bleibt, dieses Manko dann zu beheben, wenn Skandalüberschriften in der Boulevardpresse Anlass dazu bieten.

Die UWG-ME hat als erste Fraktion in den Haushaltsberatungen einen Antrag zum Klimawandel eingebracht, welchem eine Fülle weiterer Anträge aus anderen Fraktionen folgte. Wir sind mit der konstruktiven Art, wie Herr Serwe, als zuständiger Dezernent im Fachausschuss die verschiedenen Aspekte bündelt, einverstanden. Wir erwarten aber innerhalb der nächsten 4 Monate die Vorlage einer beschlussreifen Strategie.

Man sagt uns nach, dass wir als UWG-ME anders ticken, als die übrigen Parteien des Kreistages und wir Anträge stellen, die bei anderen Parteien und Fraktionen Fassungslosigkeit und Sprachstörungen hervorrufen.

Ich erinnere, wir haben einen Antrag gestellt, den ka-Städten in den nächsten 5 Jahren 40 Mio. Euro zur Schulgebäude- und Schulraumsanierung zur Verfügung zu stellen. Finanzieren wollten wir dies, entweder mit der vollen Dividendenausschüttung der RWE-Aktien, die sich im Besitz der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft befinden, oder auch durch einen Teilverkauf der Aktien, oder einer Kombination daraus.

Mehr auf Druck aus dem Kreisausschuss, als freiwillig, haben wir diesen Antrag vorerst zurückgezogen.

Wir wollen Ihnen, meine Damen und Herren und auch der Verwaltung gerne die für Sie erforderliche Zeit geben, um auch mit gutachterlicher Hilfe, die bestmöglichen Vorteile für unsere ka-Städte aus dem Besitz der 2 Millionen RWE-Aktien zu ermitteln.

Hier stellen wir uns ein Zeitfenster bis kurz nach der Sommerpause vor.

Vom Tisch ist unser Antrag nicht. Sie können sicher sein, nicht nur wir werden den Verlauf beachten, die ka-Städte haben auch ein Auge darauf. Jede kreisangehörige Stadt hat einen Sanierungsstau bei Schulgebäuden und auch bei Sportanlagen. Die Stadt Haan allein bei Schulgebäuden 6,8 Mio. Euro. Stärkung der Bildungschancen hat für uns oberste Priorität. Nicht nur in Sonntagsreden. Bei der vermeintlich reichen Stadt Ratingen sind die Sportstätten teilweise in einem erbärmlichen Zustand, so dass dringend Lösungen gefunden werden müssen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir das Problem gemeinsam an und lassen Sie uns eine Lösung finden, wie wir mit einer „Strukturinvestition“ unseren Städten im Kreis zielgenau helfen können. Die Regelung muss so aussehen, dass in erster Linie die Städte, die sich in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushalt befinden, ihren Anteil wirklich für die Schulgebäudesanierung einsetzen können.

Bei allen alternativen Überlegungen zum UWG-Antrag auf Schulraumförderung bedenken Sie bitte, dass vier Kardinalfragen beantwortet sein müssen.

1. **Wer** hat es nötiger? 2. **Wo** ist es nötiger? 3. Wo ist die Leistung **heute** nötiger? Und 4. Wo trägt die Investition **mehr Früchte** als im Schulwesen?

Wir gehen davon aus, dass alle wesentlichen Fragen unserer Zeit und für die Zukunft, von Pisa und Ausbildung, über Demographieprobleme bis hin zum Klimawandel, nur mit einer soliden und im Wettbewerb besten Schulausbildung begegnet werden kann. Gute Bildung erfordert allerdings gute Rahmenbedingungen, die bei ordentlichen Schulgebäuden beginnen.

Besonders an die Damen und Herren der CDU und SPD gewandt, sage ich: Mit unserem Antrag wollen und wollten wir keinen vorführen. Aber wir erwarten eine inhaltliche Auseinandersetzung mit unseren Anträgen, wie wir es auch mit Ihren Anträgen tun. Auch sei uns der Hinweis erlaubt, dass wir davon ausgehen, dass die RWE-Aktie zur Zeit in ihrem Zenit steht. Kartellrechtsverfahren, Stromnetzveränderungen, neue Anbieter und gezielte staatliche Förderung der regenerativen Energien, können zu einem erheblichen Abfall des derzeitigen, guten Aktienkurses führen. Wer will dann hierfür die Verantwortung tragen??

Und wenn sie sich später leichter entscheiden können, dann akzeptieren wir das auch dann, wenn das Programm anders benannt wird und ggfls. noch Sportstätten oder z.B. kommunale Fahrradwege beinhaltet. Und sollten wir dann dafür 50 Mio. Euro oder mehr aus dem Aktienpaket benötigen, dann haben Sie uns dafür auch an Ihrer Seite.

Lassen Sie uns also so schnell als möglich wissen, wie Sie vorgehen wollen.

Wir lassen sie auch wissen, dass wir den Bestrebungen der Städte Erkrath und Heiligenhaus zur Flächennutzungsplanänderung im Außenbereich trotz sinkender Einwohnerzahlen nicht folgen.

Wie kann man nur das Neanderthalmuseum ins Zentrum der kulturellen Förderung stellen und gleichzeitig zustimmen, dass Erkrath nunmehr vom Hochdahler Zentrum bis zum Museum alle Baulücken schließen will. Der Attraktivität des Museums wird dies Abbruch tun.

Wir werden auch zukünftig ein besonderes Augenmerk auf solche Ansinnen legen.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, kommen wir nun zu dem Bereich der Debatte: Umbenennung des Kreises Mettmann in „Neanderthal-Kreis-Mettmann“. Hier wollen wir festhalten: Viel Lärm um nichts. Nur die UWG-ME, ergänzt um einige Stimmen aus der CDU-Fraktion, haben von Anfang an die Situation richtig eingeschätzt und damit bewiesen, dass unser Ohr näher am Bürger ist. Gestartet mit einem riesigen Tamtam haben die Initiatoren der Attacke erreicht, dass wir über einen langen Zeitraum in den Schlagzeilen der Presse waren und auch die Stammtische haben sich mit dem Kreis beschäftigt. Auch die jeweiligen Leserbriefe an die beteiligten Redaktionen gaben so manchen Aufschluss, wie über die Aktion gedacht wurde. Selbst ein Professor fühlte sich berufen, den Bürgern mitzuteilen, dass 95 % aller 6,8 Milliarden Weltbürger den Neanderthaler als intelligenten Menschen kennen. Wir unterstellen mal, er kennt die Welt nicht richtig.

Wir haben uns draußen im Kreis auch so einiges anhören müssen, deren Inhalte ich hier und heute nicht wiedergeben möchte, da sie wenig schmeichelhaft waren.

Wir sind sehr froh dass nun die überflüssige, z.T. schädliche Diskussion über die Umbenennung des Kreises wie die unnötige Verwaltungsarbeit zu diesem Thema ein Ende gefunden hat und wir zur Normalität zurückkehren.

Wir unterstützen jede sinnvolle Marketingstrategie in den Bereichen Tourismus, Kultur und ME-Invest, die den Kreis Mettmann bekannter macht. Das sollte auch unter einem einprägsamen „Label“ geschehen, wobei der Begriff „Neanderland“ bedenkenswert ist. Hierzu ist es aber unerlässlich, dass alle Städte des Kreises in diese Strategie mit einbezogen werden. Auch ist es notwendig hierfür die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Parallelinvestitionen müssen auch von den jeweiligen ka-Städten eingefordert werden.

Sollte der Kreis personell nicht in der Lage sein, dieses zu leisten, so wäre es sinnvoll sich im Kreis umzusehen, welche Stadt die Ressourcen hat, um ein ausgereiftes Marketingkonzept aufzulegen und durchzuführen.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, wir können die Schwierigkeiten der Umstellung auf NKF nachvollziehen. Sind für uns auch wesentliche Haushaltspositionen noch nicht abschließend geklärt und somit nicht überprüfbar, so werden wir doch, obwohl die Forderungen unserer Fraktion in diesen Haushalt noch nicht eingegangen sind, in der Gesamtabwägung aller Aspekte, wenn auch mit Bauchschmerzen, diesem Haushalt zustimmen.

Ihnen, Herrn Landrat, meine Damen und Herren aus Verwaltung, Kreistag und Öffentlichkeit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

Richtlinien des Kreises Mettmann zur Förderung von Schülerinnen- und Schülerprojekten

1. Ziele der Maßnahmen

Projekte für Schülerinnen sollen dazu beitragen,

- die Wahrnehmungsfähigkeit hinsichtlich der Rolle der Frau in der Gesellschaft zu fördern,
- eigene Defizite und Stärken zu analysieren und selbstbewusstes Handeln zu fördern,
- das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl als Mädchen zu stärken
- das Vertrauen in die eigene Wahrnehmungsfähigkeit zu fördern,
- die Fähigkeit zu entwickeln, in Konfliktsituationen zu den eigenen Bedürfnissen zu stehen und die eigenen Interessen zu vertreten,
- ein positives Verhältnis zum eigenen Körper zu entwickeln,
- die Befähigung, sich von Erwartungen anderer abzugrenzen,
- den Wert der Beziehungs- und sozialer Fähigkeiten zu begreifen,
- körperliche Angriffe abzuwehren,
- das Berufswahlspektrum zu erweitern.

Weiter können PC-Schulungen und Projekte, z.B. zum Thema „Essstörungen und Mager-sucht“ sowie Mädchenaktionstage bezuschusst werden.

Projekte für Schüler sollen dazu beitragen,

- die soziale Kompetenz zu fördern
- ein angemessenes, realistisches Selbstvertrauen zu entwickeln,
- die Fähigkeit zu entwickeln, über Gefühle und Probleme offen zu sprechen,
- die Wertschätzung des anderen Geschlechts zu fördern,
- von Männer- und Machoklischees abzurücken,
- „weiche“ (eher weibliche) Persönlichkeitsanteile zu fördern,
- den Kontakt und die Geborgenheit untereinander zu fördern,
- die Fähigkeit zu entwickeln, die eigenen Schwächen, Unsicherheiten und Ängste an-zunehmen, um Hilfe zu bitten und Hilfe annehmen zu können,
- die Fähigkeit zu entwickeln, sich in Konflikten in den Streitpartner/die Streitpartnerin einfühlen zu können und Alternativen zu lauten und aggressiven Strategien zu erler-nen (Antiaggressionstraining, Gewaltdeeskalation),
- die eigenen und die Grenzen anderer zu erkennen und zu akzeptieren.

Des Weiteren können Jungenprojektstage, z.B. zum Thema Suchtverhalten gefördert werden.

2. Zielgruppen

Die Projekte richten sich an Schülerinnen und Schüler ab der Mittelstufe und müssen die unter 1. genannten Ziele verfolgen. Die Maßnahmen werden in enger Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendeinrichtungen, den Trainerinnen und Trainern entwickelt und durch die örtlichen Gleichstellungsstellen und die Gleichstellungsstelle des Kreises un-terstützt. Aufgrund der unterschiedlichen Ansätze sind die Projekte getrennt nach Ge-schlecht durchzuführen. Mädchenarbeit soll durch Trainerinnen, Jungenarbeit durch Trainer geleitet werden.

3. Antragsverfahren

Anträge können gestellt werden von Förderschulen, weiterführenden Schulen, Berufskol-legs und Jugendeinrichtungen und von Einrichtungen, die Jugendarbeit leisten. Die An-träge sind über die zuständigen Gleichstellungsstellen der Städte an die Gleichstellungsstelle des Kreises zu richten.

In Rundschreiben zu Beginn des Schuljahres weisen Gleichstellungsstelle und Schulamt des Kreises auf die Fördermöglichkeit von Schülerinnen- und Schülerprojekte hin.

Es können Anträge für folgende Maßnahmen gestellt werden:

für Mädchen:

- a) Erweiterung des Berufswahlspektrums,
- b) Computerkurse,
- c) WenDo-/ Selbstverteidigungskurse,
- d) Kurse zur Vorbeugung von Essstörungen und Magersucht,
- e) Mädchenprojekttag.

für Jungen:

- a) Kurse zum Training der sozialen Kompetenz,
- b) Antiaggressionstraining, Kurse zur Gewaltdeeskalation,
- c) Kurse zur Prävention von Suchtverhalten.

Die Maßnahmen können nur gefördert werden, wenn sie inhaltlich auf die unter 1. genannten Ziele ausgerichtet sind. Dabei ist es nicht notwendig, dass alle Ziele gleichzeitig abgedeckt werden.

Antragsformulare auf finanzielle Unterstützung stellt die Gleichstellungsstelle des Kreises bereit.

Mit der Antragstellung ist eine Projektbeschreibung zur Erläuterung der Maßnahme und ihrer Ziele mit Angabe der zu erwartenden Kosten einzureichen.

4. Berichtspflicht

Die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises informiert den Kreisausschuss jeweils im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über die im abgelaufenen Geschäftsjahr gewährten Zuschüsse.

5. Höhe der Förderung

Es können Zuschüsse zu den tatsächlich entstandenen Kosten bis zu einer Höhe von **1.700 EUR** für ein Projekt gewährt werden, sofern es nicht anderweitig gefördert wird.

6. Bewilligung der Fördermittel und Verwendungsnachweise

Die Bewilligung der Fördermittel erfolgt durch die Gleichstellungsstelle des Kreises im Rahmen des zur Verfügung stehenden Etats. Die Gleichstellungsstellen der ka-Städte erhalten

eine Kopie des Bewilligungsbescheides. Die Verwendung der Zuschüsse ist unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen. Erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises bei der Gleichstellungsstelle des Kreises können die Zuschüsse ausgezahlt werden.

7. Rückmeldung

Die Zuschussempfänger/innen haben auf Anforderung die Ergebnisse der Maßnahmen (Dokumentation, Arbeitsergebnisse etc.) der Gleichstellungsstelle des Kreises zur Verfügung zu stellen.

8. Inkrafttreten

Die geänderten Richtlinien des Kreises Mettmann zur Förderung von Schülerinnen- und Schülerprojekten gelten ab dem 01.07.2007. Gleichzeitig treten die Richtlinien des Kreises Mettmann zur Förderung von Schülerinnenprojekten vom 01.01.2002 außer Kraft.

**Verordnung
zur Aufhebung der Verordnung über die Öffnungszeiten
für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen**

Aufgrund der §§ 25 ff. des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005 (GV NRW S. 274), wird von dem Kreis Mettmann als Kreisordnungsbehörde gemäß Beschluss des Kreistages vom 29.03.2007 für das Kreisgebiet Mettmann folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Die Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 16.07.1997 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung im Amtsblatt des Kreises Mettmann in Kraft.